

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Als Antwort an Laval:

Brünings „Großes Nein“?

Unter dem Druck des Hakenkreuzes

Berlin, 20. Januar.

Die Telegraphen-Union meldet:

Der englische Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumboldt, hat am Dienstag nachmittag im Auftrage seiner Regierung bei der Reichsregierung sondiert, ob Deutschland mit einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein Jahr einverstanden sein würde. Reichskanzler Brüning hat, wie verlautet, in ablehnendem Sinne geantwortet.

Wenn man bedenkt, daß bis zum Ablauf des gegenwärtigen Hoover-Moratoriums noch rund fünf Monate verstreichen werden, also ein Zeitraum, der bei einigem guten Willen groß genug ist, um zu der so dringend notwendigen Endregelung zu gelangen, so ist es durchaus zu verstehen, daß die englische Anregung in Berlin keinen Anklang gefunden hat. Eine Hinauszögerung der Endlösung ist angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage gleichbedeutend mit einer Verlängerung der allgemeinen Ungewißheit, die bekanntlich auch auf der Gegenseite als der Hauptstörfaktor bezeichnet wird. Ob die Konferenz von Lausanne am 25. Januar stattfindet, dürfte nunmehr von der Entscheidung der englischen Regierung abhängen.

*

† Berlin, 20. Januar

Eine offizielle Äußerung der Regierung liegt noch nicht vor. Die obenstehende Meldung ist also vorläufig von zwei Seiten zu betrachten. Es ist möglich, daß das Hugenbergsche Nachrichtenbüro mit der Lancierung eines deutschen „Nein“ die Absicht verfolgt, im Schlamm des politischen Teichs zu wühlen, um dann besser im Trüben fischen zu können. Es ist ebenso möglich und nach der bisherigen Haltung der Reichsregierung sogar wahrscheinlich, daß diese Meldung nicht ohne Wissen offizieller Kreise der Öffentlichkeit übergeben wird, daß sie als vorläufige Antwort auf Laval's Kammerrede gedacht ist. Denn wie wir auch an anderer Stelle zeigen, organisiert die nationale Front nach dem Zusammenbruch der Verhandlungen über die Reichspräsidentenwahl eine großangelegte Kampagne gegen Brüning unter der Parole: Sofortiger Rücktritt.

Und wir sagten schon, daß Brüning sich so weit vorgewagt hat, daß es ihm angesichts der verfahrenen innerpolitischen Situation sehr schwer fallen muß, sich auf dem Boden der politischen Realitäten zu stellen, was im Augenblick nichts anderes heißen kann als mit Dank eine Verlängerung des Moratoriums entgegenzunehmen und weitere Verhandlungen unter Abwendung vom Nationalismus und Nationalsozialismus zu führen. Das aber bedeutet wiederum für Brüning einen gewaltigen Prestigeverlust, muß die nationalistische Kampagne gegen ihn erst recht entfesseln. Er kann aus der Sackgasse, in die er sich selbst hineinmanövriert hat kaum mehr heraus, und es ist durchaus wahrscheinlich, daß er mit dem Mut der Verzweiflung das Vabanquespiel fortsetzt und Außenpolitik nach Vorschrift der Braunhäuser treibt, also den starken Mann gegen Frankreich spielt.

Er würde damit versuchen, die Hakenkreuzer zu desavouieren, deren Berliner Organ „Der

Angriff“ ihn mit folgenden Worten attackiert, die deutlich die Falle, um die Brüning eben nicht herumkann, erkennen lassen.

„Brüning wird aber,“ so heißt es da, „ein solches Wort mit der nötigen dramatischen Deutlichkeit nicht sprechen. Schon allein deshalb nicht, weil er von der Sozialdemokratie und deren Duldung abhängig ist.“

Spricht nun Herr Brüning das von den Nazis verlangte „große Nein“, so wird auch das die Kampagne gegen ihn schwerlich ab-

dämpfen, denn wie auch das Goebbelsblatt am Schluß seines Artikels sagt, Herr Brüning ist nicht der Mann, nein er ist das „nicht mehr lange zu ertragende Hindernis“ für eine „innerpolitische nationale Einigung“ wie für eine erfolgreiche Politik nach außen.“ Er soll Hitler und seinen Kreaturen Platz machen. Es wird bleiben bei dem Kampf, mit dem der Artikel schließt: sofortiger Rücktritt. Herr Brüning war, das ist die Moral von der Geschichte, wieder einmal — so begann ja seine große Karriere — zu schlau.

Keine „große Geste“

Leon Blum gegen restlose Streichung der Reparationen

Im Mittelpunkt der außenpolitischen Debatte in der französischen Kammer, die sich an die Regierungserklärung Laval's anschloß, stand die Interpellationsrede des Führers der Sozialisten, Leon Blum, die bei aller Opposition gegen die Regierung Laval doch ausdrücklich das Recht Frankreichs auf Wiedergutmachung feststellte und so noch einmal deutlich den Gegensatz zeigte, der zwischen der Auffassung der in die „nationale Einheitsfront“ eingeschwenkten deutschen Sozialdemokratie und der französischen Sozialisten zeigte.

Leon Blum

ging von dem Bericht der Baseler Sachverständigen, der Entschließung des amerikanischen Kongresses und den Erklärungen des Reichskanzlers Dr. Brüning aus. Der Reichskanzler habe im Grunde genommen von der vorübergehenden Zahlungsunfähigkeit Deutschlands auf eine definitive geschlossen. Für ihn und für Deutschland sei die Reparationsfrage geregelt. Unter wiederholten Protestrufen aus der Mitte und von der Rechten des Hauses fragte Blum, ob die verschiedenen Regierungen Frankreichs alles getan hätten, um die republikanischen und demokratischen Elemente Deutschlands zu unterstützen. Wenn Frankreich sich an den Buchstaben seines Rechts klammere, begünstige es die Propaganda Hitlers.

Die weiteren Ausführungen des Redners wurden von Louis Marin und anderen rechtsstehenden Abgeordneten immer wieder unterbrochen, so daß Blum die Rednertribüne verließ und erst, als der Präsident die Ruhe wiederhergestellt hatte, weiter sprach.

Die französischen Sozialisten, betonte er, verzichteten nicht auf den Grundsatz des internationalen Rechts. Die Wiedergutmachung materieller Verwüstungen trage den Charakter eines natürlichen Rechts. Nicht um Verpflichtungen auf Grund eines Sieges, sondern um Verpflichtungen auf Grund der Gerechtigkeit handele es sich. Er sei der Ansicht, daß der Streit darüber, ob Deutschland die Wiederaufbaukosten schon erstattet habe, was er persönlich nicht glaube, einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet werden müsse. (Lebhafter Protest rechts.)

Der Anspruch Frankreichs als Reparationsgläubiger sei berechtigt,

aber Deutschland könne wegen seiner gegenwärtigen Lage nicht zahlen. Wolle die Regierung etwa zur Politik des Zwanges und der Pfänder zurückkehren?

Eine restlose Streichung der Reparationen sei nicht angebracht.

Er, Blum, wolle nicht, daß der Young-Plan einseitig zerrissen werde, aber ebensowenig, daß man ihn gewaltsam aufzwinge. Vielleicht lasse sich ein Ausgleich für die Nichtzahlung in den Einsparungen finden, die durch eine aufrichtige Annäherung erzielt werden könnten. Auf keinen Fall aber dürfe Deutschland, wenn es von den Schulden befreit sei, nach Wiederkehr der Prosperität seinen Gläubigern unlautere Konkurrenz machen. Schon aus diesem Grunde sei er nicht Anhänger der sogenannten „großen Geste“.

Blum kritisierte dann die Einstellung der französischen Regierung. Die Privatschulden müssen seiner Ansicht nach mit den politischen Schulden verbunden werden, um eine gleichzeitige Lösung zu erfahren. Die Reparationsfrage dürfe auf keinen Fall Konfliktsursache werden. Blum trat für die französische These ein,

daß an die Vereinigten Staaten kein Centime mehr gezahlt werden dürfe, als Frankreich selbst von Deutschland erhalten werde.

Man könnte, da Amerika diese These nicht annehme, u. a. an die Zurückziehung des Goldes der Bank von Frankreich, das in Amerika liege, denken, allerdings würde man damit den Dollar und auch Frankreichs eigene Lage gefährden.

Zum Abrüstungsproblem übergehend, erklärte Blum, wenn die französische Regierung bei der These, die in ihrem Memorandum für die Abrüstungskonferenz entwickelt sei, bleiben sollte, würde es sich nicht lohnen, die Abrüstungskonferenz zu beschicken. Frankreich würde dort nicht nur politisch, sondern auch intellektuell isoliert werden. Man behaupte wohl, daß angesichts der geheimen Rüstungen, die man überall feststelle, jetzt nicht der Augenblick sei, abzurüsten. Aber je dunkler und gefährlicher die Lage in Europa werde, um so notwendiger sei die allgemeine Abrüstung. (Beifall links, Protest rechts.) Zum Schluß richtete Blum an die Regierung die Frage, ob sie die Politik Briands fortsetzen wolle.

Sturz der Regierung? Otto Gessler in der Kulisse

Berlin, 26. Januar.

Die jüngsten außenpolitischen Mißerfolge des Reichskanzlers Brüning, die sich durch die Abneigung der französischen Regierung, unter den gegebenen Umständen nach Ouchy zu gehen und durch die Antwort des Ministerpräsidenten Laval auf Brünings Ankündigung: Deutschland werde die Reparationszahlungen einstellen, charakterisieren, haben einen neuen Generalsturm der Nationalsozialisten auf die Position der Regierung ausgelöst. Noch ist unsicher, ob die Regierung dieser neuen Offensive wird standhalten können.

Man hört, daß in der Umgebung des Reichspräsidenten die Absicht besteht, das Kabinett so schnell wie möglich derart umzubilden, daß den Nationalsozialisten damit der Wind aus den Segeln genommen würde. Als geeigneter Mann wird der frühere Reichswehrminister Gessler genannt, der in gewissen Kreisen der „Nationalen Opposition“ auch als möglicher Bewerber um das Reichspräsidentenamt gilt.

Es ist aber fraglich, ob Gessler, der schon in der Oktoberkrise, die mit der Bildung des zweiten Kabinetts Brüning endete, mit den Nazis zusammenspielte, schon jetzt hervortreten will.

Die Rolle des Wahlmachers für Hindenburg hat er bekanntlich abgelehnt.

Revolutionäre Streiks in Spanien

Paris, 19. Januar.

Aus Spanien liegen Meldungen über Streikzwischenfälle vor, die teilweise revolutionären Charakter tragen. In Sagunto hat sich eine Menge von etwa 50 Personen mehrerer Gendarmen bemächtigt, das Postamt besetzt und sämtliche telephonischen und telegraphischen Leitungen durchschnitten. Erst 200 Mann aus der nächsten Garnison konnten die Ruhe wieder herstellen.

Im Kohlenrevier Figols bei Barcelona bewaffneten sich 800 streikende Bergleute und griffen eine Polizeieinheit an, die sich vor der Uebermacht in die Kaserne zurückziehen mußte. Einzelheiten fehlen. In Berga bei Figols sind ebenfalls Truppen gegen Zusammenrottungen Streikender eingesetzt worden.

Verhaftungen

Sevilla, 19. Januar.

21 Personen, die im Besitze von Waffen waren, wurden festgenommen.

Der Vorstand der traditionalistischen Bewegung in Bilbao ist mit Ausnahme von vier Mitgliedern, die flüchten konnten, verhaftet worden.

Zeitungsverbote

Madrid, 19. Januar.

Auf Beschluß der Regierung hat die katholische Zeitung „El Debate“ ihr Erscheinen einstellen müssen. Das Blatt hatte in einem Artikel über die Zwischenfälle von Bilbao die Regierung heftig angegriffen. Auch die katholischen und nationalistischen Blätter des Baskenlandes sind verboten worden.

Schüsse in Essen

Ein Toter, vier Verletzte

WTR. Essen, 20. Januar.

Gestern in den Abendstunden entstand hier zwischen mehreren Kommunisten und Nationalsozialisten eine Schlägerei, in deren Verlauf mehrere Schüsse fielen. Der 21 Jahre alte Nationalsozialist Arnold Guse erhielt einen Schuß in die Lunge und starb auf dem Transport zum Krankenhaus. Außerdem wurden vier Personen verletzt, darunter eine ältere Frau und ihr Sohn, die der NSDAP angehört. Die Mordkommission hat umfangreiche Ermittlungen eingeleitet und bereits mehrere Personen festgenommen.

Amerika besteht auf seinem Schein

Paris, 20. Januar.

Wie Havas aus Washington berichtet, beobachte das Staatsdepartement noch immer völliges Stillschweigen über die Mitteilung des amerikanischen Botschafters in Paris, Edge, zur Anfrage Lavals über eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums.

Dem „New York Herald“ dagegen wird aus Washington gemeldet, daß das Staatsdepartement in der Nacht Instruktionen an Botschafter Edge gerichtet habe. Es habe ihn beauftragt, die französische Regierung wissen zu lassen,

daß die amerikanische Regierung sich nicht verpflichtet könne, ein neues Moratorium zu verprechen

und daß die Parteiführer im Kongreß das Weiße Haus vor jeder Ausdehnung des Hoover-Moratoriums gewarnt hätten.

Nach dem „Figaro“ soll die Antwort, die der amerikanische Botschafter Edge zu überbringen habe, folgendes hervorheben:

1. daß die amerikanische Regierung keine Verbindung zwischen dem Reparations- und dem Schuldenproblem zulassen könne;

2. daß die Initiative bezüglich des Reparationsproblems den europäischen Mächten zufalle;

3. daß jeder Antrag auf ein neues Schuldenmoratorium keinerlei Aussicht auf Bewilligung seitens des amerikanischen Kongresses und Senats haben könne, die jeder Streichung und Herabsetzung der amerikanischen Gläubigeransprüche an Europa feindlich gesinnt seien;

4. daß die amerikanische Regierung mit Mißfallen die Schaffung einer Einheitsfront der Schuldner Amerikas sehen würde und daß sie den Schuldnern gegenüber unmöglich allgemeine Verpflichtungen übernehmen könne;

5. daß die bestehenden Schuldenregelungen einzeln abgeschlossen worden seien und daher nur durch getrennte Abkommen gegebenenfalls revidiert werden könnten;

6. daß bei der gegenwärtigen Lage die Ansicht der amerikanischen Regierung dahingehe, daß die europäischen Staaten ihre Schulden bezahlen könnten, wenn sie untereinander das Vertrauen wiederherstellen und ihre Rüstungskosten herabsetzen würden.

Gandhis jüngster Sohn verhaftet

Bombay, 20. Januar.

In Haripura wurde der jüngste Sohn Gandhis, Ramdas Gandhi, verhaftet.

In Bombay wurde am Dienstag eine große Polizeirazzia gegen die Streikposten durchgeführt. Die festgenommenen Kongreßangehörigen wurden sofort durch ein Schnellgericht abgeurteilt.

Innerhalb 20 Minuten wurden 12 Personen zu je sechs Monaten scharfer Gefängnisstrafe verurteilt,

die vor der Münze Streikposten gestanden hatten, um die Goldausfuhr zu verhindern. Die Börse ist weiterhin geöffnet, doch ruht der Verkehr vollkommen. Auch der Geschäftsverkehr ist immer noch völlig stillgelegt.

Keine Bedeutung?

London, 20. Januar.

Der japanische Außenminister Joschisawa und die obersten Polizeibehörden Tokios haben dem englischen Botschafter ihr Bedauern über den Vorfall vom Montag ausgedrückt, bei dem etwa 14 Inder gegen die Verhaftung Gandhis demonstrierten und die Fenster Scheiben in der Botschaft einwarfen. Der englische Botschafter teilte mit, daß er dem Vorfall keine Bedeutung beimesse.

Hindenburg spendet

Je einen Tropfen auf 27000 heiße Steine

Berlin, 20. Januar.

Am Dienstag trat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten das Kuratorium der 1927 von ihm gegründeten Stiftung Hindenburg-Spende zusammen. Den Geschäftsbericht erstattete der ehrenamtliche Geschäftsführer, Ministerialrat Dr. Karstedt. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Stiftung bisher insgesamt nahezu fünf Millionen Reichsmark in rund 27000 Einzelfällen, vorzugsweise an Kriegsbeschädigte, Kriegsniederbליebene und Veteranen verausgabt hat.

Gefürchtete Pazifisten

Der Reichswehrmoniteur in Rage

† Berlin, 20. Januar.

Der Deutschen Friedensgesellschaft und ihrem Vorsitzenden, dem Genossen Küster den aktiven Pazifisten überhaupt widerfährt hohe Ehre. Das ist ohne Ironie gesagt. Denn wenn die „Berliner Börsenzeitung“, die so eng verbunden ist mit dem Reichswehrministerium, einen haßerfüllten Artikel nach dem anderen den Pazifisten widmet, so weiß sie schon warum, sie betrachtet sie als eine ernsthafte Gefahr für den militaristischen Kurs.

Und von dieser Seite verfolgt und beschimpft zu werden, ist für jeden Friedensfreund eine Ehre.

„Wehrmacht und Pazifismus“ ist der Leitartikel der „Berliner Börsenzeitung“ vom Dienstag überschrieben. Sie knüpft in ihrer Polemik an einen Brief an, den der Genosse Küster als Herausgeber des „Anderen Deutschland“ an den Reichskanzler Dr. Brüning gerichtet hat. Dieser Brief hat — des Kriegsgottes Wege sind unerforschlich — sich in die Redaktion der „Berliner Börsenzeitung“ verirrt. Er richtet sich gegen die „Leitgedanken“, die von der Heeresleitung des Reichswehrministeriums herausgegeben worden sind, über die wir in einer Nummer berichtet haben. Die „Berliner Börsenzeitung“ schäumt Wut, weil in diesem Brief Küster eine sehr deutliche Sprache spricht, zum Beispiel feststellt,

„daß es kein deutsches Reichsgesetz gibt, das den freien Bürger zwingt, sich an einer gelegentlichen neuen Massenbarbarei zu beteiligen“,

weil Küster im Namen hunderttausender deutscher Volksgenossen erklärt,

„daß wir auf dieses „stolze Recht“, gelegentlich als Massenmörder dekoriert zu werden, gern verzichten. Wenn die am Kriege Interessierten Geld verdienen oder die Generale avancieren wollen, so mögen sie sich nach Dummen umsehen, die ihnen dabei behilflich sind, uns interessiert das alles nicht.“

Wir begreifen es gewiß, daß es der Re-

daktion der „Berliner Börsenzeitung“ und ihren Hintermännern nicht angenehm in den Ohren klingt, wenn in diesem Brief dagegen protestiert wird,

„daß der Reichswehrminister sein Amt dazu mißbraucht, die Wehrmacht und das deutsche Volk gegen Vertreter dieser Ueberzeugung aufzuhetzen und Ideen, die er ablehnt oder nicht versteht, als feindlich oder der Verachtung wert darzustellen.“

Ja, Küster macht sogar von seinem Recht als Bürger eines Landes „mit immer noch vorwandener demokratischer Verfassung“ Gebrauch und bittet den Herrn Reichskanzler, dafür Sorge zu tragen

„daß wir vor solchen Uebergriffen eines amtierenden Ministers geschützt werden und daß dem Herrn Groener bedeutet wird, für die Folge solche anmaßenden Stillübungen zu unterlassen.“

Das gefällt den Allgewaltigen begreiflicherweise ebensowenig wie der Schluß des Briefes, der folgendermaßen lautet:

„Im Interesse des Ansehens Deutschlands im Auslande wäre es aber sehr zu wünschen, wenn Sie, Herr Reichskanzler, als verantwortlicher Leiter der deutschen Politik den Herren vom Kasernenhof einmal eindeutig bedeuten würden, daß ihr Eifer im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Verständnis für das Gebot der Stunde steht und daß sie für die Dinge, mit denen sie ihre Zeit verbringen, nicht zuständig sind.“

Wie dieser Brief oder eine Abschrift davon in die Redaktion der „Berliner Börsenzeitung“ gelangt ist, entzieht sich, wie gesagt, unserer Kenntnis. Wir sind auf ihn erst durch die Zitate des Reichswehrmoniteurs aufmerksam geworden. Diese Sprache ist in den Augen des erwähnten Blattes natürlich kein „vernünftiger Pazifismus“ mehr. Der sieht anders aus. Die „Berliner Börsenzeitung“ kennzeichnet ihn selbst mit folgenden Worten:

„Natürlich gibt es auch Pazifisten, die nicht gleichzeitig auch Landesverräter, sondern an sich ganz verständige Menschen sind. Wenn derartig harmlose Ideologen vor einem Gremium von alten Jungfern weiblichen und männlichen Geschlechts ihre weltfremden Theorien von ewigem Frieden und

nicht endender Völkerversöhnung entwickeln, so könnte man sich mit einem solchen, im allgemeinen ziemlich unschädlichen Pazifismus abfinden.“

Ja, das glauben wir, mit diesen „harmlosen Ideologen“ könnte man sich abfinden, könnte sie vielleicht sogar gelegentlich gegen das Ausland ausspielen, als Schutzschild vorhalten. Daß es aber Pazifisten gibt, die sich, um mit den Worten der „Berliner Börsenzeitung“ zu reden, „gegen den nationalen Selbstbehauptungswillen und dessen vornehmsten Träger, das Heer“, mit anderen Worten gegen jeglichen Nationalismus, gegen alle Kriegs- und Katastrophenpolitik wenden, unter Einsatz ihrer Person in schärfstem Kampf weiden, das rührt schon an die „unveräußerlichen Vorrechte“, an die „Belange“ der feudalen Kaste, und da gibt es getreu dem militärischen Prinzip nur eines: Krieg bis auf Messer.

Die aktiven Pazifisten sind heute in Deutschland nur eine verhältnismäßig kleine, von allen Seiten drangsalierte Gruppe.

Daß aber die großmächtigen Reichswehrgenerale sie fürchten, daß sie sie bis aufs Blut bekämpfen, beweist, daß sie selbst ihre äußerlich so überragende Machttstellung zuletzt nur schwach fundiert sehen.

Das beweist eine innere Unsicherheit, die aus der stillen Erkenntnis entspringt, daß diese Machttstellung in dem Augenblick erledigt ist, wo die Köpfe befreit sind von der nationalistischen Ideologie, wo sie erfüllt sind von dem Gedanken, daß jeder Krieg eine Barbarei ist, daß in der kapitalistischen Welt das Heer nur das Machtinstrument der herrschenden Klasse ist, daß Militärpolitik aufs schärfste bekämpft werden muß, wenn Völker nicht in schlimmste Barbarei zurücksinken wollen.

Die Militärs und Militaristen fürchten die Aufklärungsarbeit der aktiven revolutionären Pazifisten. Daß sie es tun, ist eine Ehrenbezeugung.

Neue Hitler-Offensive

Devise: „Sofortiger Rücktritt Brünings!“

Das Kabinett Brüning befindet sich in schwerster Lage. Seine Abhängigkeit von den politischen Forderungen der Hitlerpartei wird jetzt von den Nazis ohne jede Zurückhaltung ausgenutzt. Sie setzen zum Generalsturm gegen Brüning an und hoffen, ihn zu Fall zu bringen, indem sie die Bresche zu erweitern trachten, die sie durch ihre Abweisung seiner Pläne auf parlamentarische Verlängerung von Hindenburgs Reichspräsidentenschaft in die Aufstellung der Regierung gerissen haben.

Die „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz“, die der frühere Redakteur der „Berliner Börsenzeitung“, Herr Funk, leitet, verbreitet einen offenbar von Hitler selbst inspirierten scharfen Artikel gegen Brüning, in dem es unter anderem heißt:

„Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, wie unmöglich der Reichskanzler Brüning für das deutsche Volk geworden sei, dann sei dieser Nachweis in den letzten Tagen und Wochen lückenlos erbracht worden. Will Herr Brüning noch länger einer Zusammenfassung aller nationalen Kräfte des Volkes den Weg versperren, nachdem der Herr Reichspräsident selbst innersuchen mußte, seine ebenso erfolglosen wie peinlichen Bemühungen um die Reichspräsidentenwahl einzustellen? War der Wink noch nicht deutlich genug, oder bedarf es noch einer stärkeren Betonung, daß das deutsche Volk, das den Generalfeldmarschall von Hindenburg in freier Volkswahl in sein hohes Amt einsetzte, keinen Reichspräsidenten von Herrn Brünings Gnaden wünscht? Wenn Herr Brüning das nicht endlich begreift, worüber in der Auffassung des Volkes und der des Herrn Reichspräsidenten längst Uebereinstimmung herrscht, dann wird man allerdings auch vergeblich von diesem Kanzler erwarten, daß er sich der Verantwortung bewußt ist, die in aller Schwere auf ihn fallen wird, wenn durch sein noch längeres Verbleiben das Volk dem Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg entfremdet wird. Es besteht kein Zweifel mehr, daß sowohl für eine innerpolitische nationale Einigung wie für eine voll erfolgreiche Politik nach außen Herr Dr. Brüning heute ein nicht mehr lange zu ertragendes Hindernis ist. Das deutsche Volk erwartet von Herrn Brüning auf den nicht mißzuverstehenden Brief Hitlers nur eine Antwort: Sofortigen Rücktritt!“

Hitler hat selbst in seinem „Rechenschaftsbericht“ über die mißglückte Aktion hervorgehoben, daß er dem Reichspräsidenten von Hindenburg geraten habe, den Reichskanzler anzuweisen, seine Bemühungen einzustellen.

★

Brüning macht Hitlers Außenpolitik

Die Bayerische Volkspartei bestätigt's
Das offizielle Organ der Bayerischen Volkspartei, die Bayerische Volkspartei-

Korrespondenz, äußert sich über die Denkschrift Hitlers an den Reichskanzler zur Reichspräsidentenwahl. Die Denkschrift sei überhaupt keine Auseinandersetzung zur Frage der Reichspräsidentenwahl, sondern eine Hetzschrift gegen den Reichskanzler. Die Vorlesung, die Hitler in seinem Kampfpamphlet über den Stand der deutschen Außenpolitik und der Reparationsfrage halte, verrate nur zu leicht die Besorgnis der Harzburger Opposition,

die deutsche Außenpolitik möchte nunmehr unter Brüning in Lausanne endgültig ein Gesicht annehmen, das auch durch eine einigermaßen ernstzunehmende nationalsozialistische Außenpolitik nicht mehr verändert werden könnte.

Na, dann hat's ja Brüning geschafft und kann weiter toleriert werden!

„Aber es war der Löbe...“

Nationalistische Rede des Reichstagspräsidenten

Breslau, 20. Januar.

Am Dienstag abend sprach in einer Kundgebung der SPD Reichstagspräsident Löbe. Zur wirtschaftlichen Lage erklärte Löbe, daß wir jetzt zwar statt sieben Millionen „bloß“ 5½ Millionen Arbeitslose hätten. Bedacht werde dabei aber nicht, daß der niedrigste Punkt der Konjunktur stets erst im Februar erreicht werde. Während früher die internationale Verschuldung gegenseitig gewesen sei, stelle sie sich heute einseitig dar. Hieraus ergebe sich die Forderung nach Aufhebung der Reparationen. Es sei das stete Streben der Sozialdemokratie gewesen, die Weltmeinung für den Gedanken einer Streichung der Tribute reif zu machen.

Jetzt fordere auch die SPD: Schluß mit den Reparationen,

selbst wenn die Kriegsschuldenstreichung nicht gleich auf dem Fuße folge. Brüning habe die Genesung Deutschlands durch eine übertriebene Sparpolitik herbeizuführen gesucht. Bereits in einem Vierteljahr würden sich die Folgen dieser Tendenz durch neue Lücken im Haushalt bemerkbar machen, wenn man nicht in vier Wochen auf diesem Wege abstoppe. Es sei in Deutschland eine Unmenge Arbeit vorhanden, die mit eigenen Rohstoffen und Arbeitskräften geleistet werden könne.

Der Redner streifte weiter Pläne, die dem Charakter einer Arbeitsdienstpflicht ähneln

Die Fürsten werden weiter gefüttert

Der Landtag hat gesprochen!

Berlin, 20. Januar.

Der preussische Landtag lehnte am Dienstag die staatsparteilichen und kommunistischen Anträge auf Revision bzw. völlige Einstellung der staatlichen Abfindungen für die ehemaligen Fürstenthümer und standesherrlichen Familien ab.

Ferner nahm der Landtag den Antrag des Hauptauschusses an, wonach das Staatsministerium ersucht wird, nochmals in ernster Erwägung darüber einzutreten, ob die finanziellen Gründe für den Beschluß des Staatsministeriums auf Schließung der Berliner chirurgischen Universitätsklinik unüberwindlich seien.

Massenverhaftungen in Warschau

In dem jüdischen Stadtviertel Warschaws wurden am Freitag und Sonnabend Razzien auf Kommunisten durchgeführt. Ueber 300 Personen wurden festgenommen.

und erklärte, daß die Auseinandersetzungen hierüber bald im Mittelpunkt des deutschen Interesses stehen würden. Da die bisherigen Bemühungen zu keinem Ziel geführt hätten, würde man sich neu entscheiden müssen. Diese Maßnahmen seien so klug und einsichtig zu treffen, daß eine Umstellung ohne große Opfer oder großes Blutvergießen vonstatten gehe. Die Arbeiterschaft habe endlich in eine gemeinsame Front gegen die Katastrophenpolitiker zu treten. Sei die Wahl Hindenburgs, so erklärte Löbe, die einzige Möglichkeit zur Verhinderung einer Kandidatur etwa des Generals von Epp,

so ziehe die SPD Hindenburg vor.

Sollte man versuchen, die Arbeiterklasse abzuschlachten, dann würden Späne fallen. Der deutsche Arbeiter werde mit jenem Bürger- und Offizierstum fertig werden, das sich 1913 ins Mausloch verkrochen hätte.

★

Nach dieser nationalistisch-republikanischen Rede, die ebenaugut Herr Treviranus hätte halten können, muß wohl nicht mehr gefragt werden, wo denn die „Katastrophenpolitiker“ sitzen.

Die Annäherung der SPD an das Hitlerprogramm macht rasende Fortschritte. Bald wird kein Unterschied mehr spürbar sein.

Die Mutter mit dem Krückstock

Ein Kapitel aus dem Wohlfahrtsamt

In einer elenden Mansarde unter dem Dach eines Hauses der Neugasse in Zwickau wohnt sie, die Mutter mit einem Bein.

Als zweijähriges Kind wurde sie überfahren. Dieser Unfall kostete ihr das linke Bein. Ein gesundes Bein weg! Mit zweieinhalb Jahren Krüppel für Lebenszeit!

Heute zählt sie 23 Jahre. Würde die Geschichte dieser Jahre aufgezählt, es würde ein Buch trostlosesten Lesens werden. Freude kam auch einmal in dieses Leben. Und das war, als ein Bergmann an dem Mädchen trotz ihrem körperlichem Elend Gefallen fand und mit ihr einen Hausstand gründete. Also ist sie verheiratet und ein Kindchen das einzige Glück der beiden armen Menschen.

Arm? O ja, das sind sie wie die Millionen, die aus dem Produktionsprozeß ausgestoßen sind. Die von den knappen Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen sich durchs Leben hauen müssen. Der Vater des Kindes ist bei dem großen Massenfliegen im Bergbau mit zur Entlassung gekommen und nun vegetieren die drei Menschen von seiner kargen Unterstützung dahin.

Die einbeinige junge Mutter ist in der ganzen Stadt bekannt. Nicht mit ihrem Namen. Nein! Mit der Krücke, auf der sie beständig humpeln muß, wenn sie sich vorwärts bewegen will. Wenn die junge Frau mit ihrer Krücke auf der Straße sichtbar wird, sehen ihr die Leute nach. Manche verziehen die Minen, schütteln die Köpfe. Aber helfen kann ihr niemand.

Helfen könnte ihr nur das Wohlfahrtsamt!

Seit langem schon braucht die junge Mutter nämlich ein künstliches Bein. Der Krückstock, so geschieht sie ihn zu handhaben weiß, ist ihr zu einer sehr ernsten Lebensgefahr geworden.

Zwei Zwickauer Aerzte haben nach eingehender Untersuchung die unbedingte Notwendigkeit des künstlichen Beines attestiert. Bekommt sie es nicht, dann wird über kurz oder lang Krückenlähmung die junge Mutter aufs ewige Bettlager werfen.

Dem Wohlfahrtsamt liegen die ärztlichen Atteste vor. Doch was gilt denn so ein lumpiges proletarisches Menschenleben? Kein Geld! Kein Geld! wird der einbeinigen Mutter beständig zur Antwort. Und dabei treten die Beschwerden immer heftiger auf.

Die Adern des Armes, auf dessen Schultern der Körper in der Krückenrundung beim Gehen hängt, treten immer mehr her-



vor. Wird die Temperatur wärmer, dann schwellen die Adern an, daß man befürchtet, sie könnten jeden Augenblick reißen. Krückenlähmung, dieses Schreckgespenst, wird mit jedem Tage drohender zur Wahrscheinlichkeit.

Die junge Frau meldet unverdrossen ihre Ansprüche auf dem Wohlfahrtsamt immer erneut an, so oft man sie auch unverrichteter Sache heimschickt.

Schließlich wird das Wohlfahrtsamt auf dem Zwickauer Hauptmarkt energisch. Die beiden vorliegenden Atteste zweier Zwickauer Aerzte seinen nicht mehr glaubhaft.

Ein anderes muß her, womöglich von einem Herrn Geheimrat, der die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Zwickauer Wohlfahrtsamtes zu würdigen versteht und sie mehr achtet als die beiden Zwickauer Aerzte.

Also nach Leipzig, zur Universitätsklinik. Dort Untersuchung durch einen Professor.

Ergebnis?
Die Rechnung des Amtes war falsch. Das künstliche Bein muß unbedingt her, wenn die junge Mutter nicht zugrunde gehen soll,

war das Urteil auch des Leipziger Professors.

Half dieses Attest des menschenfreundlichen Leipziger Universitätsprofessors etwas? Bewahre! Kein Geld! Kein Geld für solche Zwecke, war weiterhin die unnachsichtliche Antwort des Wohlfahrtsamtes.

Die junge Mutter mit dem Krückstock stampft weiterhin resigniert durch die Straßen. Verrichtet ihre Hausfrauenarbeit. Steht mit der Krücke beim Essenkochen vor dem kleinen Ofen in ihrer Mansarde. An der Waschwanne beim Wäschewaschen. Trägt ihr Kind, wenn das zur Mutter will. Die Herren vom Wohlfahrtsamt stört das alles nicht. Sie haben ja alle noch ihre gesunden Glieder, und schützen sich so sicher vor dem Bitten und Klagen einer armen Mutter mit Bergen notverordneter Paragraphen.

Kein Geld soll da sein, um einer Mutter die Gesundheit zu erhalten. Doch immerhin: Wohltätigkeit ist auch des Gesetzes Macht. Und wozu haben wir denn schließlich die Wohlfahrtsämter? Also wird der Mutter mit dem Krückstock ein elfjähriges Waisenmädchen in Fürsorge gegeben und dazu noch monatlich 20 Mark für Essen, Kleidung, Schlafen des Mädchens. Dafür soll dieses elfjährige Kind der Pflegemutter die Stube und Treppe scheuern. Die Wäsche waschen, die

Fenster putzen und was sonst alles noch an Hausarbeit zu verrichten ist. In die Schuhe soll dieses Waisenkind aber auch gehen. Lesen und Schreiben, Rechnen und Handarbeit soll es natürlich auch lernen. Aber egal.



Wenngleich das Mädchen die Hausarbeiten nicht verrichten kann. Das Wohlfahrtsamt hat „wohl“ getan. Richtiger gesagt: Hat die Barbarei gefördert!

Die junge Mutter stampft wieder mit ihrer Krücke aufs Amt.

Zum soundsovielten Male will sie ihre Wünsche dort wieder vortragen. Der Schmerz brennt heute ganz besonders heftig im Arm und Schultergelenk. Sehr gern möchte sie ihre Sache recht rasch erledigen.

Doch nichts ist damit. Sie bekommt eine Nummer wie die vielen anderen, die hier schon in endloser Reihe warten. Eine Karte zur bevorzugten Abfertigung hat diese Mutter

mit dem Krückstock nicht. Hat sie nie gehabt. Mitgefühl scheint auf dem Zwickauer Wohlfahrtsamt eine unbekannte Eigenschaft. Also wartet sie, bis ihre Nummer an der Reihe ist und sie vor den hohen Beamten kommen darf.

Ein Stuhl zum Setzen wird nicht freigegeben. Stehen muß sie auch vor dem Herrn Beamten, der sie von seinem Sessel hinter Bergen von Akten aus nach ihrem Begehren fragt. Verständlich, daß die einbeinige junge Frau im höchsten Maße erregt ist. Daß ihr die Erregung über die Lippen sprudelt. Daß es nicht wohlgeformte und überlegte Worte sind, die sie hervorstößt. Jedoch unverständlich, ja höchst ungehörig ist es von dem Beamten, daß er antwortet,

was sie sich denn einbilde, für sie werde keine Extrawurst gebraten, ob er sie polizeilich hinausbringen lassen solle. Für ihn war dieser Fall damit erledigt.

Ist der Fall aber nun wirklich erledigt? Nein! Die arme Frau wartet noch immer auf das künstliche Bein, um sich vor lebenslangem Siechtum zu schützen. Wartet und wartet, und wenn sie über dem Warten vielleicht abgestorben ist, dann, ja dann werden die paar Märker wohl im Zwickauer Wohlfahrtsamt vorhanden sein zu dem künstlichen Bein.

Aber soll denn dieser gemartete Mensch wirklich warten, bis er darüber zugrunde geht? Nein! Die Mutter humpelt mit ihrem Krückstock immer und immer auf das Amt, trägt ihre Wünsche vor. Sie will und muß leben, um ihres Kindes und ihres Mannes willen. Das gibt ihr die Kraft. Sie läßt sich nicht irre machen. Doch stets erhält sie die lakonische Antwort: Kein Geld, kein Geld, von den Beamten und selbst vom Dezernenten den Zwickauer Wohlfahrtsamtes.

Wie lange noch? Wann endlich wird menschliche Gesinnung bei diesen Bürokraten Einkehr halten?

Neues Grubenunglück

Ein Toter

Kattowitz, 20. Januar.

Am Dienstagabend ereignete sich auf der „Maxgrube“ in Michalkowitz (Ostoberschlesien) ein Streckenzusammenbruch, wobei drei Bergleute verschüttet wurden. Nach mehrstündigen Rettungsarbeiten konnten zwei Bergleute mit schweren Verletzungen lebend geborgen werden. Der dritte Bergmann war bereits tot.

Ein vierter Toter geborgen auf Karsten-Zentrum

Beuthen, 20. Januar.

Auf der Karsten-Zentrum-Grube wurde heute, am 16. Tage nach dem Gebirgsschlagunglück vom 4. Januar, in den frühen Morgenstunden die Leiche eines dritten Verschütteten, des verheirateten Häuers Max Karch, geborgen. Karch muß, da seine Leiche abgesondert von den noch vermißten vier Bergleuten gefunden wurde, mitten in der Arbeit vom Tode überrascht worden sein.

Schlagwetterkatastrophe in Spanien

Drei Tote!

Madrid, 20. Januar.

In einem Schacht bei Moreda (Provinz Oviedo) ereignete sich gestern eine Schlagwetterkatastrophe, bei der drei Bergleute ums Leben kamen und mehrere verletzt wurden, darunter sechs schwer. Der Bevölkerung, die behauptet, daß der Schacht nicht mehr befahrbar gewesen sei, hat sich große Erregung bemächtigt. Man rechnet mit einem Proteststreik der Bergarbeiter.

Diebesjagd in Schwerin

Ein Schwerverletzter, ein Toter

Schwerin, 20. Januar.

Gestern Abend wurde ein wegen Diebstahls gesuchter Mann von einem Kriminalbeamten auf der Straße verfolgt. Als sich an der Jagd Straßenpassanten beteiligten, feuerte der Flüchtling in der Nähe des Doms auf seine Verfolger mehrere Schüsse ab und traf den stellungslosen Arbeiter Franz Swintkowiak, der schwerverletzt zusammenbrach. Der Dieb richtete hierauf die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Schuß in die Schläfe.

Familiendramödie in Memmingen

Memmingen (Schwaben), 20. Januar.

Eine blutige Familiendramödie hat sich gestern Abend hier abgespielt. Der Arbeiter Joos verletzte durch Messerstiche seine Frau, seine Tochter und seinen Sohn schwer. Nach der Tat versuchte der Täter, sich selbst das Leben zu nehmen. Der Grund zu der Bluttat scheint in Familienzwistigkeiten zu liegen. Der Sohn war mit einem Stich im Halse vom ersten Stock heruntergesprungen. Die Tochter ist bereits ihren schweren Verletzungen erlegen.

Natrium-Explosion

Bergen, 20. Januar.

Infolge der Ueberschwemmungen in Vadheim bei Hoeyanger drang das Wasser in ein Natrium-Lagerhaus der Chemischen Fabrik ein. Da bekanntlich Natrium bei der Berührung mit Wasser sich entzündet, entstand eine Explosion, die das Gebäude und ein daneben liegendes zweites Natrium-Lagerhaus in Brand steckte. Die herum-schwimmenden brennenden Natriumbehälter setzten noch verschiedene kleinere Lager-schuppen und das Holzlager der Fabrik in Brand, das vollständig eingeeäschert

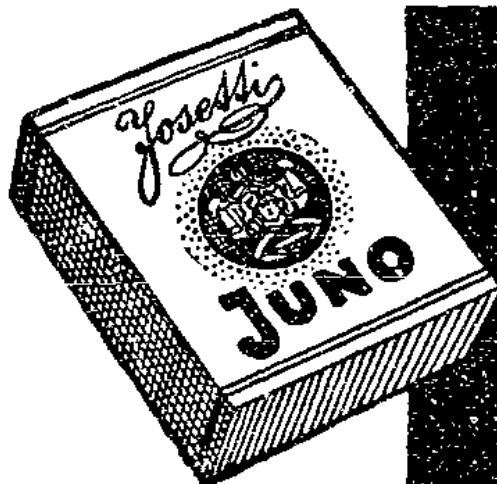
wurde. Infolge der Explosionen brach eine Panik unter den Einwohnern aus, von denen zahlreiche sich laufwärts Sicherheit brachten. Glücklicherweise sind Verluste an Menschenleben nicht zu verzeichnen. Der Sachschaden ist vorläufig unbekannt, doch dürfte er sehr hoch sein, wie schon aus der Versicherungssumme hervorgeht, die für die Gebäude der Fabrik eine Million Kronen beträgt. In den Lagerhäusern befanden sich insgesamt 62 Tonnen Natrium.

Neapels gefährlicher Baugrund

In geradezu beängstigender Weise haufen sich die Hauseinstürze in Neapel. Die Hauptschuld trägt die vulkanische Natur des Baugrundes; ein großer Teil der Häuser von Neapel ist auf erloschenen Vulkanen aufgebaut, ja die ganze Stadt ist zwischen erloschenen Kratern eingebettet. Man muß den geologischen Charakter des Bodens berücksichtigen, wo der für den Baugrund charakteristische Tauffstein nicht immer in geringen Tiefen angetroffen wird, sondern zumeist unter einer Schicht losen Materials, Lavagesteins, begraben ist, das aus früheren vulkanischen Ausbrüchen stammt. Diese Lavasteine bilden nach den Feststellungen des Ingenieurs Ruffolo eine der beständig fortwirkenden Ursachen der Einstürze, die in allen Teilen der Stadt beobachtet werden. Der Lavastein ist ein poröses, nicht festgefügtes Material, daher auch wasserdurchlässig, so daß er dem Grundwasser nicht den geringsten Widerstand entgegenzusetzen vermag.

Erdbeben in Peru

Nach einer Meldung aus Lima haben sich innerhalb 24 Stunden zwei wellenförmige Erdbeben ereignet. Nach dem zweiten brach eine Panik aus. Die elektrische Beleuchtung versagte, und Gebäudeteile stürzten auf die Straßen. Mehrere Automobile sollen in die auf den nichtbeleuchteten Straßen flüchtende Menge hineingefahren sein.



JUNO

› IHRER GÜTE WEGEN ‹
BERLINS
MEISTGERAUCHTE
CIGARETTE 6 Stück 20 ¢



Feuilleton der SAZ

Filmstars als Spekulant

Randolph Edgerworth (Hollywood)

Die schönen Tage von Hollywood scheinen endgültig vorüber zu sein. Hollywood, vor zwei Jahren noch eine Stadt ungezügelter Lebensgenusses, die Stadt, in der leicht und viel verdient wurde und in der demgemäß das Geld zum Fenster hinausgeworfen wurde, ist sparsam geworden. Die berühmten „Hollywooder Orgien“, die darin bestanden, daß man die ersten und teuersten Leckerbissen wahllos durcheinanderwarf, daß man den teuersten französischen Champagner in sich hineingießt und prinzipiell erst dann aufhört, bis alle Teilnehmer sinnlos betrunken waren, sind sehr selten geworden. Die Privatheime der Stars, mit kostspieligem Luxus und ausgesuchter Geschmacklosigkeit eingerichtet, sind keine Hotels mehr. Die himbeerfarbenen Limousinen erschwinden mehr und mehr aus dem Stadtbild. Katzenjammerstimmung seht auf der Tagesordnung. Hollywood spart...

Gewiß, ein kleiner Kreis hat sich Vergnügungen dieser Art stets ferngehalten, aber gepöbelt mußte überall werden, es gehörte zum Beruf, zu zeigen, „was man sich leisten kann“, und ein Filmstar mußte den anderen überbieten — das Geld wurde für die unnützlichsten Dinge verschleudert. Bis dann der große Wallstreetkrach kam und man sich dort eines Besseren besann oder vielmehr besinnen mußte. Jetzt hieß es, die Reste der Vermögen sicher anlegen. Diejenigen, die schon früher klug genug gewesen waren, ihr Geld nicht zu vergeuden, sondern es halbwegs sich anzulegen, konnten sich jetzt in den mehr oder minder freiwilligen Ruhestand zurückziehen, ohne den Lebensstandard bedeutend herabschrauben zu müssen.

Einer, der am schwersten von dem großen Börsenkrach betroffen wurde, war John Gilbert. Er hatte fast sein gesamtes Vermögen in Aktien angelegt. Durch den Börsenkrach wurde er fast zum Bettler. Nur durch einen Zufall wurde er vor dem völligen Ruin bewahrt. Er hatte seinerzeit zu einem lächerlich geringen Preis in Los Angeles ein Grundstück erworben. Nun mußte aber die Stadtverwaltung die Straße, in der dieser Besitz lag, aus Verkehrsrücksichten erweitern lassen. Dabei zeigte sich, daß der romantische Liebhaber John Gilbert, der Schwarm aller Mädchenherzen, ein geriebener Geschäftsmann war. Er verlangte für das Grundstück eine Riesensumme und bekam sie schließlich auch, da die Stadtverwaltung sich anders nicht helfen konnte. Nun ist John wieder halbwegs saniert und spekuliert fröhlich weiter...

Ein anderer erfolgreicher Spekulant ist der Schauspieler Bickford, der sich schon im ersten Jahre seiner Hollywooder Tätigkeit eine Tankstelle in Los Angeles kaufen konnte, verbunden mit einer Verkaufsstelle für Autobestandteile und einem Lunch-Wagen, einem „fliegenden Restaurant“, das er gegenüber dem Eingang zu den Metro-Ateliers zur Aufstellung brachte. Dann richtete der Star sein Augenmerk auf die Grundstücksschiebung und kaufte eine große Fläche Land in der Nähe von Playa del Rey, einer unbewohnten Gegend in der Nachbarschaft der Meeresküste. Heute ist diese Gegend als eine der ölreichsten in den Staaten erklärt und die Pachtgelder, die Bickford von Leuten bezieht, die dort nach

Auch ein Stück Kapitalismus

Oel graben, haben ihm den bezahlten Preis bereits zehnmal wieder hereingebracht. Dabei ist noch nicht ein Tropfen Erdöl zutage gefördert worden.

Marion Davies, die einer der best-bezahlten Stars des amerikanischen Films ist (und die von dem berühmten Zeitungsmagnaten Randolph Hearst gemacht wird), hat an ihren riesigen Einkünften anscheinend noch nicht genug. (Was man aber verstehen kann, wenn man hört, daß bei Marion Davies prinzipiell nur von Goldtellern gespeist wird.) Die kleine Marion ist also ebenfalls eine erfolgreiche Grundstücksspekulant geworden. Sie hat sogar einen Spezialagenten, der ständig für sie einkauft. Ueberdies vermietet Marion während ihrer alljährlichen Europa-reise ihre beiden Villen in Beverly Hills und ihr luxuriöses Strandheim in Santa Monica, was ihr ebenfalls ein nettes Sümmchen einbringt. Außerdem ist sie an Bergwerken mit Kapital beteiligt und Besitzerin einer Orchideenzüchterei.

Die Arbeitslosen

Wie Pilze schießen sie aus dem trächtigen Boden der dunstigen Städte und rauchigen Dörfer...

Wer zählt sie alle, die hungernd und frierend die Straße bevölkern, in der geballten Faust das zuckende Verlangen, in die Dinge zu wettern, die übervollen Schaufenster jäh zu zerschmettern...

Sie sind die Wunden am Körper der Menschheit...

Wunden, die schwären, am Lebensmark zehren, sich stetig vermehren, ihregleichen gebären, den Wohlstand der Erde gräßlich verheeren.

Sie sind die Fäuste, die nichts mehr wert sind! Sie sind die Hände, die nicht mehr begehrt sind! Sie sind die Kräfte, die brach liegen müssen, die die Sünden der Ordnung verkünden und sie unschuldig büßen.

Sie sind das Opfer eines Systems! Sind Gegenstände eines Problems, das zu lösen die Guten und Bösen vergeblich ihre erleuchteten Köpfe zerbrechen!

Sie sind ein Uebel, sind ein Gebrechen!

Was nützt das Reden, Was nützen Engneten, Was nützt das Besprechen?

Hilfe tut not!

Wie Pilze schießen sie aus dem trächtigen Boden der dunstigen Städte und rauchigen Dörfer...

Wer fragt danach, wie sie sich kleiden und nähren, Wer fragt danach, wieviel sie entbehren...?

Wenn sie nur die Ruhe nicht stören, sich nicht gegen die „göttliche Ordnung“ empören!

Und wenn!

Und wenn! Was ist dabei! Man stillt ihren Hunger mit Bohnen aus Blei...

Hans Haidenbauer.

Hier sterben Menschen auf Welle Japansender

Als der Einfluß der griechischen Kultur in dem von Kultur noch wenig beleckten Rom zu wirken begann, waren die alten römischen Patrioten besorgt, die Künste des Friedens könnten der Kriegskunst schaden; sie haben daher die Gladiatorenspiele gefördert. Das Publikum sollte echtes Blut fließen sehen und dabei lernen, wie man den Gegner am besten umbringt; das war dem Militarismus nützlich und außerdem war es doch hübscher, wirkliche Menschenqualen zu sehen als die Scheinqualen der Schauspieler auf der Bühne. Aehnliche Erwägungen haben nun die japanischen Patrioten angestellt: man führt Krieg gegen China, die japanischen Soldaten haben die Ehre, für das Vaterland sterben zu dürfen, da sollen die japanischen Zivilisten wenigstens das Vergnügen haben, den Heldentod ihrer Brüder unmittelbar zu erleben. Autoreisen werden allerdings nur durch Schlachtfelder unternommen, auf denen der Krieg von gestern tobte; eine Autoreise durch eine moderne Schlacht wäre wohl zu gefährlich. Aber wozu gibts die Technik; sie hat uns nicht nur die lieben Tanks und die lieben Geschütze beschert, sondern auch das Radio. Sollte man nicht das Radio in den Dienst der patriotischen Unterhaltungen stellen und den Radiohörern einmal zur Abwechslung eine Schlacht übertragen? Der glorreiche Einfall wurde durchgeführt: der japanische Rundfunk hat die Schlacht bei Mukden übertragen. Am Ufer des Tealang wurden Mikrophone aufgestellt und auf der Japanwelle wurde ein einzigartiges Hörspiel gesendet. In jeder Wohnung konnte man die Maschinen-gewehre knattern, die Granaten jaulen, heulen und explodieren, die Verwundeten schreien und die Sterbenden röcheln hören; überall war Front und Krieg, der Kriegsbericht der Großsprecher wurde durch den Lärm der Lautsprecher lieblich ergänzt. Aber die Hörer haben protestiert; die Stimme des Krieges hat ihnen nicht gefallen, sie haben den Apparat abgestellt und auf die nächste Opernübertragung gewartet. Den Kriegsapparat abzustellen ist ihnen freilich nicht eingefallen; sie wollen nur durch die Folgen ihres Patriotismus nicht gestört werden. Man wird dem Volk keine Schlacht mehr senden, nur das Volk in die Schlacht. („Arbeiter-Zeitung“, Wien.)

Kleines Feuilleton

Verfilmung von „Hoffmanns Erzählungen“.

„Hoffmanns Erzählungen“ sollen demnächst durch die Filmfirma Metro-Orplid zur Verfilmung gelangen. Man will sich dabei genau an den Originalstoff von E. Th. Hoffmann und an die Originalmusik von Jacques Offenbach halten. Die Atelieraufnahmen sind bereits in Vorbereitung.

Der geprügelte Herkules.

In Porto d'Anzio, dem alten Antium, südlich von Rom, hat man ein antikes Bildwerk ausgegraben. Dieses stellt eine lebensgroße Gruppe aus weißem Marmor dar. Sie zeigt den am Boden liegenden Herkules, der seine Hände in Abwehr gegen ein feuerschnaubendes Roß erhebt. Auf dem Pferde sitzt eine schöne Frauenfigur im Löwenfell, die in ihrer Rechten eine Peitsche schwingt.

Maria Leitner



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

26. Fortsetzung

Die zweite Kategorie bilden die höheren Angestellten, die „Offiziere“. Sie werden von weißgekleideten Kellnerinnen bedient, — weiße Uniformen, weiße Strümpfe, weiße Schuhe. Die Kellnerinnen bedienen höflich, sie wahren einen gewissen Abstand zwischen sich und den „Offizieren“. Aber doch nicht in dem Maße, als wären sie erstklassige Gäste. Ueberhaupt ist hier wohl alles sauber und appetitlich, doch nichts erstklassig. Die Linnen sind schon etwas verwaschen, das Silber weist stellenweise winzige Kratzer auf, das Porzellan ist billigeres Fabrikat.

Die mittleren Angestellten bedienen sich schon selbst. Auf glänzend polierten Tablett suchen sie sich Speisen aus, die allerdings nicht mehr in so großer Auswahl zur Verfügung stehen. Das gebrauchte Geschirr, das schon kleine Defekte aufweist, wird von jungen Mädchen abgeräumt, die sich hier für den Kellnerinnenberuf einüben. Das Linnen weist kleinere Flecken auf, die von dem gestrigen Mahl der höheren Angestellten stammen.

Die niedrigeren Angestellten, die Haushälterinnen, Telephonistinnen, Stanotypistinnen, die Kellnerinnen der Teerräume und Sodaquellen haben ihren Raum für sich. Auch sie bedienen sich selbst, natürlich schon ohne Auswahl, sie nehmen das, was man ihnen zuweist. Die Tischtücher sind schon gehörig bekleckert; sie zeigen auch schon die Spuren der Mahlzeiten der mittleren Angestellten. Das Geschirr und

das Silber, das kein Silber mehr ist, zeigen allerlei Defekte.

Trotzdem atmet auch dieser Saal noch eine gewisse Vornehmheit im Vergleich zu dem folgenden, der Speiseanstalt für die Angestellten der niedrigsten Stufe.

Hier essen die Scheuerfrauen, die Stubenmädchen, die Wäscherinnen, die Wäschermädchen, natürlich nur die Weißen. Die Negerinnen essen in einem kleineren Nebenraum. Man hört bis hierher ihr lautes Lachen und Kreischen.

Dieser Riesenraum für das niedrigste weiße weibliche Personal ist durch ein Holzgitter in zwei ungleiche Hälften geteilt.

Die kleinere umfaßt die Küche, den Abwasch und die Speiseausgabe.

In riesigen Blechkesseln werden hier die Mahlzeiten gekocht und dann in heißes Wasser gestellt, wo sie der Verteilung harren.

Der Abwasch befindet sich in der Nähe der Speiseausgabe. Er weist keinerlei neuere Errungenschaften auf. Vor ihm stehen vollkommen stumpf-nüde Einwanderer, die noch kaum ein englisches Wort kennen. Hier fangen viele an, beim Abwasch. Die Gesichter wechseln oft, aber nicht die trostlosen Mienen. Die Füße stehen im Wasser, es sind keine Vorkehrungen getroffen, sie gegen Nässe zu schützen. Beim Abwasch stellt man immer Fremde nebeneinander, keine Landsleute. Hier braucht ja auch einer dem anderen nichts zu lehren.

Immer die gleichen Bewegungen. Die

Speisereste werden mit der Hand vom Teller in den Müllimer abgewischt, der in der Nähe steht und von Stunde zu Stunde einen scheußlicheren Gestank verbreitet. Es gibt viele Speisereste. Die hier Essenden bringen selbst ihre Teller zum Abwasch, oft geben sie dem vollkommen unschuldigen Geschirrwäscher von ihrer Unzufriedenheit mit dem Essen Kenntnis: „Das sollte man Schweinen vorsetzen, nicht uns. Put, was für ein Fraß.“

Die Geschirrwäscher verziehen dann aber nicht ihr Gesicht, um so weniger, weil sie ja kaum ein Wort verstehen.

Dann werfen sie die Teller in das heiße Wasser, ziehen sie wieder heraus und stellen sie hin — zu neuem Gebrauch.

Die größere Hälfte des Raumes dient als Speisesaal. Hier stehen in kaum übersehbarer Reihe lange, schmale Holztische und lehnenlose Bänke.

Auf diesen Tischen bilden sich gleich nach den ersten Essenden Suppenlachen und Speiserestehügel, die dann im Laufe der Mahlzeit den ganzen Tisch überschwemmen.

Der große Raum ist erfüllt von einem undefinierbaren Geruch von Schweiß und Müll, Spülwasser und schlechten Lebensmitteln.

Auch hier bedient man sich selbst, nimmt ein Tablett aus Blech, das meist an irgendeiner Stelle verbogen ist, und ein Besteck, gleichfalls aus Blech, mit allerlei individuellen Zügen. Jede Gabel, jeder Löffel, sogar die Messer haben im Lauf der Zeit eine besondere Gestalt angenommen, als wären sie genau so vom Leben gezeichnet, wie jene Personen, die gezwungen sind, sie zu benutzen.

Die Teller lassen unter der abgeschabten Glasur ihre ursprünglich graue Farbe durchschimmern.

Die Speiseausgabe wird von einigen völlig erschöpften Kreolen besorgt, die immer wieder monoton und doch verzweifelt die Herandrängenden zur Geduld oder Schnelligkeit mahnen.

„Weiter!“

„Ja gleich, wir haben nur zwei Hände.“

„Weiter!“

Obgleich das Personal der niedersten Stufe immer erklärt, keine Suppe hier mehr anzurühren, so drängen doch alle jeden Tag aufs neue mit ihren Tellern zu den Suppenverteilern, immer in der Hoffnung, der Fraß könnte einmal unerwartet einen angenehmen und kräftigen Geschmack haben.

Im Speiseraum stehen mächtige Kübel, angehäuft mit Pellkartoffeln. Diese bilden das wichtigste Nahrungsmittel vieler, besonders aller irischen Scheuerfrauen. Jeden Tag bekommt man sie zweimal und es sind diese Kübel, die am schnellsten leer werden.

Die Frauen nehmen die Pellkartoffeln in ihre Schürzen oder in ihre Röcke, die sie ein bißchen hochschürzen, wie es Bäuerinnen tun. Manche nehmen von den Pellkartoffeln bis zu einem Dutzend, es ist alles, was sie essen. Es gibt auch einige ganz verhuzelte alte Weiber, die in einem Blechgefäß, wie man sie bei Bettlern sieht, manche noch aufheben und mit viel Vorsichtsmaßregeln hinaus-schmuggeln, vielleicht als Geschenk für Verwandte.

Man ißt auf wenig zeremonielle Art. Die Kartoffelschalen häufen sich auf den Holztischen, oder man wirft sie auf die Erde.

Nanny, die älteste Scheuerfrau, die einer Holzstatue gleicht, gehört zu denen, die meist als erste den Speiseraum betreten. Sie holt sich jedesmal einen Teller Suppe und einige Pellkartoffeln. Nachdem sie zwei Löffel voll von der Suppe gegessen hat, schiebt sie den Teller weit von sich und widmet sich den Kartoffeln. Sie arbeitet im Hotel Amerika seitdem es erbaut wurde und kann sich noch an die allerersten Anfänge des Hotels erinnern. Sie hat mit eigenen Augen die ganze ungeheure Entwicklung des „dear old little New York“, des „teuren alten kleinen New Yorks“ mit angesehen. Alles hat sich geändert, nur nicht die Suppe. Immer versucht sie ihr Glück, aber nie gelingt es ihr, mehr als zwei Löffel voll hinunterzuwürgen. (Fortsetzung folgt.)

Raub an den Wohlfahrtsunterstützten

An Hand zweier kurzer Beispiele soll bewiesen werden, daß der vor einigen Tagen erfolgte Abbruch an der Unterstützung der Wohlfahrtsbedürftigen nicht der letzte ist, sondern daß darüber hinaus, von der Öffentlichkeit fast völlig unbemerkt und von den Gralshütern der „sozialen Errungenschaften“ stillschweigend geduldet, den Aermsten der Armen die Unterstützung für etwa 16—20 Tage überhaupt nicht ausbezahlt wird.

Über diesen „Betrug“, der im wahrsten Sinne des Wortes an den Hilfsbedürftigen verübt wird, muß unbedingt die Öffentlichkeit Rechenschaft verlangen.

Das amtliche Organ der Berliner öffentlichen Wohlfahrtspflege veröffentlicht in seiner Nr. 16, Jahrgang 7, vom 20. Dezember 1931, die „Neuregelung der Auszahlungstermine von Wohlfahrtsunterstützungen“. Es heißt in dieser Verlautbarung u. a.: „Die Unterstützungen gelten stets für die Zeit von dem einen bis zum andern Zahltag.“

Was bedeutet das? Nehmen wir einmal einen Kleinrentner mit dem Anfangsbuchstaben H. (Dieser Fall liegt mir vor): Bis zu dem im Juli herausgebrachten Notverordnung des Reichspräsidenten erhielt dieser Rentner seine Unterstützung am 25. eines jeden Monats durch die Post für den folgenden Monat ausbezahlt. Seit Juli zahlte der Magistrat die Rente auf Stottern, und zwar:

für August	die 1. Hälfte am 29.	7. 31
„ September	„ 2. „ „ 11.	8. 31
„ Oktober	„ 1. „ „ 22.	8. 31
„ November	„ 2. „ „ 12.	9. 31
„ Dezember	„ 1. „ „ 24.	9. 31
„ Januar	„ 2. „ „ 15.	10. 31
„ Februar	„ 1. „ „ 3.	11. 31
„ März	„ 2. „ „ 17.	11. 31
„ April	„ 1. „ „ 8.	12. 31
„ Mai	„ 2. „ „ 28.	12. 31

für Jan. 1932 nur eine Zahlung entsprechend der „Neuregelung“ am 14. Januar.

Wenn man die ständige Verschiebung der Zahltermine beachtet, kann man deutlich erkennen, daß der Magistrat in diesem Falle die Unterstützung „ein spart“ für die Zeit vom 1. bis 14. Januar, denn die eine Zahlung geht ja bis zum 14. Februar. Für uns Berliner Wohlfahrtspfleger, Rentenempfänger usw. dürfte es sehr interessant sein, zu erfahren,

ob diese sehr wenig humane Maßnahme aus Danzig oder aus Frankfurt a. M. nach Berlin importiert worden ist.

Was sagt übrigens die Arbeiterwohlfahrt der SPD, was sagen die Verbände der Arbeitslosen und der Kleinrentner zu diesen Maßnahmen?

Ist es nicht ein Wahnsinn, daß sich die Lebenslage der Rentner durch Abbau der Sozialunterstützungen noch grauenhafter gestaltet, als es bisher schon der Fall war? Während auf der anderen Seite notorischen Betrügnern und Schädlingen an der menschlichen Gesellschaft Millionen aus den Steuererträgen der Werktätigen zufließen. Wollen wir uns unter den Trümmern dieses Systems „tolerierend“ begraben lassen?

Wie bleibe ich ehrlich und sachlich?

KPD-Bürokratie belügt die Britzer Arbeiterschaft

Die Britzer Zellenzeitung der KPD vom Januar bringt in dem Artikel über den Aufruf der Gewerkschaften zum Streik bei Ullstein folgende Notiz:

„Unter diesen Unterzeichneten ist der in Britz bekannte SAP-Mann Herzog, das ist keine Verwechslung, sondern auf Grund genauer Feststellung eine erwiesene Tatsache. Herzog ist nämlich derselbe, welcher in dem von der Brandlersekte gemachten Einheitsfrontkomitee sitzt und nach einer Schutzstaffel gegen den Faschismus schreit. Derselbe Herzog unterscheidet sich in nichts von den Gewerkschaftsvertretern und zieht es natürlich vor, mit Ullstein Einheitsfront zu machen. Die Rolle der SAP wird durch dieses Beispiel wieder einmal bestätigt,

Wollen wir die krampfhaften, ausweglosen Versuche des Kapitalismus, sich durch immer weitere Verleumdung der werktätigen Massen noch einmal zu retten, uns kampflös gefallenen lassen?

Können nicht auch unsere Regierenden im Reich, das Staatsoberhaupt, die Mitglieder der preussischen Regierung, unsere Stadtväter, die Bonzen der städtischen Gesellschaften für die Dauer der „Notzeit“ auf das Gehalt, das den Betrag von 500 Mark im Monat übersteigt, zugunsten der Rentner, der Erwerbslosen verzichten, um damit auch nach außen die in der Verfügung über die „Richtlinien für die Anwendung der Unterstützungsrichtsätze“ im Absatz B, Ziffer 3, erwähnte „Notgemeinschaft“ zu dokumentieren?

die Abwanderung zur KPD abzuhalten. Nur die RGO verhütet Streikbruch.“

*

Wir stellen dieser „ehrlchen“ und „sachlichen“ „erwiesenen Tatsache“ der KPD-Bürokratie folgendes entgegen:

Der als SAP-Mann bezeichnete Paul Herzog ist in keinem Falle identisch mit unserem Genossen Max Herzog, der obendrein der Buchbinderbranche vollkommen fernsteht.

Da in diesem Zellenblättchen die Behauptung sogar „auf Grund genauer Feststellungen“ in die Welt posant wird, so ergibt sich hieraus unzweifelhaft der Beweis, daß die KPD selbst bis in die kleinsten Zellen von diesem gewaltsam gezüchteten System der Unehrllichkeit und Verleumdung durchsetzt ist.

Wenn diese Britzer KPD-Funktionäre, die diese „erwiesenen Tatsachen“ auf Grund „genauer Feststellungen“ der Arbeiteröffentlichkeit vorliegen, der Sache auch nur zu einem Prozent nachgegangen wären, dann würden sie vielleicht auf die Tatsache gestoßen sein, daß der genannte Genosse Herzog erstens nicht in Britz wohnt, und zweitens ihr eigener Mann ist —

Das ist der Tag des Herrn...

Der Preiskommissar hat am gestrigen Dienstag durch Verhandlungen mit dem Deutschen Brauerbund und dem Verein Berliner Brauereien erreicht, daß der Bierpreis ab 1. Februar um zwei Reichsmark je Hektoliter Vollbier gesenkt wird.

Der Preiskommissar wird in den nächsten Tagen mit der Lokalkommission der Gastwirtschaftsvereine Groß-Berlins verhandeln, und davon wird es abhängen, in welchem Ausmaß eine Senkung der Schankpreise erfolgt, die ebenfalls notwendig ist.

Räuber ruinieren einen Greis

Montag abend erschien in Mittelbreese bei Wittenberge in der Wohnung des 81jährigen

Nachwächters Pretzel ein Fremder, der vorgab, einen Brief vom Gemeindevorsteher zu bringen. Plötzlich forderte der Fremde die Herausgabe der Ersparnisse. Ein zweiter Räuber, der maskiert war, drang gleichzeitig in die Wohnung, packte den Greis an der Kehle und würgte ihn.

In seiner Angst gab der Überfallene sein erspartes Geld heraus, worauf der Täter, nachdem sie den Überfallenen eingeschlossen hatten, im Schutze der Dunkelheit verschwanden.

Städtisches Volks-Sinfonie-Konzert des Philharmonischen Orchesters

Der große Saal der Berliner Philharmonie — er faßt über 2000 Menschen — ist bis auf den letzten Platz besetzt. Furtwängler dirigiert. Er dirigiert Haydn, Beethoven, Schubert. Und das alles für 50 Pfennige, Programm frei — ein Volkskonzert. Zugleich wird es durch Radio übertragen. Und das ist gut, denn wie mancher Arbeitslose, dem die Fahrtkosten und die 50 Pfennige Eintritt längst unerschwinglich sind, wie mancher Körperbehinderte (die Statistik ergab fast 200 000 Arbeitslose, Blinde und Kriegsbeschädigte als gebührenfreie Rundfunkteilnehmer) kommt so doch in den Genuß eines guten Konzertes.

Aber ein anderes ist es doch noch, selber im Saal zu sitzen, Orchester und Dirigenten vor sich, die Klangwirkungen der Musik ohne Umweg unmittelbar aufnehmend. Es ist erstaunlich und bewundernswert, welche Fülle, welchen Reichtum an Klangwirkungen Furtwängler aus seinem Orchester herauszuholen versteht. Alle zarte und leise Heiterkeit Haydnischer Musik wurde lebendig in der D-Dur-Sinfonie. Es folgte als Zweites die interessante, nicht oft gespielte Große Fuge B-Dur von Beethoven für Streichorchester, und als Letztes die Sinfonie C-Dur von Schubert, mit der wunderbaren Steigerung des Schlusssatzes.

Über 2000 Menschen saßen fast zwei Stunden lang in bewegungsloser Andacht und Stille vor dieser Musik, und das wird für Orchester und Dirigenten besserer Dank noch gewesen sein als der stürmische Beifall am Schluß. C. K.-L.



Am Mittwoch früh kam es in der Potsdamer Straße zu einer Schlägerei zwischen einem Nationalsozialisten und mehreren Kommunisten. Der Nationalsozialist trug Verletzungen an der Stirn davon.

Der „Angriff“ hat seine Schlagzeile für die erste Seite.

*

In den Kolibri-Sälen in Schöneberg kam es in einer von etwa 400 Personen besuchten Versammlung der NSDAP zu Zusammenstößen. Ein kommunistischer Diskussionsredner beendete seine Ansprache mit Rot-Front-Rufen, worauf seine Parteigenossen in Stärke von etwa 25 Mann das Geschrei aufnahmen. Es entspann sich eine Schlägerei zwischen den SA-Leuten und den Kommunisten, wobei vier Versammlungsbesucher verwundet wurden. Sechs andere wurden verhaftet. — Mit diesem Versammlungstheater werden die Leute in der KP die Klassen-genossen im faschistischen Lager nur fester in die Arme ihrer Auftraggeber treiben.

Moral und Not

Vor dem Schwurgericht III begann am Mittwoch der Prozeß gegen den Arbeiter Hans Papke, der am 9. Juli vorigen Jahres seine 17jährige Stieftochter Gerda Kalisch im Grunewald ermordet hat.

Papke heiratete im Jahre 1922 seine jetzige Frau, die die beiden Töchter Gerda und Adelheid Kalisch in die Ehe brachte. Als Gerda 13 Jahre alt war, verging sich ihr Stiefvater auf einer Radtour im Grunewald zum ersten Mal an ihr. Ohne Wissen seiner Frau setzte er dann sein verbrecherisches Treiben gegenüber dem Kinde jahrelang fort. Am 9. Juli v. J. gegen Abend, kam Papke in seine Wohnung in der Waldstraße und forderte Gerda, wie schon so oft, zu einer Radtour auf.

Der Mann, der 100 000 Mark gewann

Der Mann, der in der Lotterie 100 000 M. gewann, steht vor dem Arbeitsgericht, wo er auf Zahlung von 900 M. verklagt ist. Das ist der Rest seines Lotteriegewinns.

Bevor der arme, reiche Herr Glückstein in der Lotterie gewann, war er Dreher. Dann wurde er Rentier. Da er in geschäftlichen Dingen etwas unerfahren war, fanden sich sehr schnell gute Freunde, die ihm hilfe reich unter die Arme griffen. Zuerst war er beteiligt an einem Ingenieurbüro, das kostete so etwa 50 000 M. Dann machte er in Großbesohlerei.

Diese Großbesohlerei war ursprünglich ein verkrahter Lederhändler, der mit einer jungen Dame von 16 Jahren zusammenlebte. Als Herr Glückstein in Erscheinung trat, war diese junge Dame Inhaberin des Unternehmens und der verkrahte Lederhändler ihr Angestellter. Herr Glückstein trat mit seinem Geld in die Firma ein.

Die Firma florierte nicht so recht. Der arme, reiche Herr Glückstein machte zwar alle Anstrengungen, das Geschäft zu heben, er hatte den ganzen Tag damit zu tun, Schecks auszuschreiben, denn bald wurde Leder gebraucht, bald eine neue Besohlmachine, dann wieder Werkzeuge, dann waren Mietschulden zu begleichen, aber das Geschäft kam nicht in Schwung. Nur das Geld war im Schwund. Und als dann der letzte Rest aufgebraucht war, da wurde Herr Glückstein vor das Arbeitsgericht zitiert. Der verkrahte Lederhändler, der eigentliche Vater der Großbesohlerei, behauptet, Angestellter von Herrn Glückstein zu sein, und verlangt mit seiner Klage drei Monatsgehälter.

Das Arbeitsgericht kam nach eingehender Verhandlung zu der Ueberzeugung, daß der Lotteriegewinner nur so eine Art milchende Kuh, genauer gesagt, ausgemolkene Kuh, gewesen sei. Aber er konnte nicht noch für weitere Gehälter haftbar gemacht werden, da er gar nicht der Arbeitgeber gewesen ist.

Herr Glückstein sucht jetzt wieder eine Stellung als Dreher. Er will auch nie wieder in der Lotterie spielen.

Öffentliche Versammlung

Freitag, 22. Januar, 20 Uhr, im

Lindenpark, Zehlendorf, Berliner, Ecke Gartenstraße. Genosse Reich spricht über „Die proletarische Einheitsfront“.

Im Grunewald, in der Nähe des Großen Fensters, setzten sich beide auf eine Bank. Schließlich machte Gerda, die sich in den letzten Wochen einem jungen Manne angeschlossen hatte, zum Vater eine Bemerkung, daß sie jetzt doch „Schluß machen“ müßte. Nach einer heftigen Auseinandersetzung griff Papke das junge Mädchen an die Kehle und warf sie unter ständigem Würgen auf die Bank. Dann nahm Papke aus seiner Tasche eine Schnur, band sie seinem Opfer um Hals und Kopf, und schleifte an dieser Schnur den leblosen Körper mehrere Meter in den Wald hinein.

Ein Reichswehroberleutnant fand am nächsten Tage bei einem Spazierritt die Leiche auf.

Papke fuhr nach Berlin zurück und stellte sich zwei Tage nach dem Verbrechen der Polizei, die seine Spur schon aufgenommen hatte. Als Motiv seiner Tat hatte der Angeklagte im ganzen Verfahren Eifersucht und Angst vor einer Anzeige angegeben.

Aus der Mark

Potsdam

Das Volkshaus „Mühlenberggrotte“ gelangt am 4. April zur Zwangsversteigerung, nachdem vor einiger Zeit bereits das Konkursverfahren beantragt worden war. Dieses Ereignis ist für die Arbeiterschaft von tragischer Bedeutung. Nachdem sie sich jahrzehntlang mit völlig unzulänglichen privaten Gastwirtschaften als Heimstätte begnügen mußte, war es ihr endlich nach dem Kriege möglich geworden, ein eigenes Heim zu erwerben. Leider war das Volkshaus von vornherein durch schlechte Lage und völlig veraltete und unzweckmäßige Bauart unrentabel. Mit der zunehmenden Wirtschaftskrise verstärkten sich die Schwierigkeiten. Die Gewerkschaften und die „Konsumgenossenschaft Hoffnung“ büßen namhafte Beträge ein.

Brandenburg

Öffentliche Versammlung der SAP. In der zweiten öffentlichen Versammlung der SAP in Brandenburg sprach der Genosse Weckerle. Seine Ausführungen gegen die Brüning-Diktatur zwangen die Diskussionsredner zu sachlichem Eingehen auf sein Referat. Die Redner der KPD und des KJV betonten, daß sie eine Einheitsfront des Proletariats nur unter Führung der KPD anstreben könnten, und bewiesen damit erneut, daß es ihnen selbst in dieser schlimmsten Notzeit nicht auf den Sieg der Klasse, sondern der Partei ankommt. Ein richtiger Instinkt hatte einen Genossen der KPD in Brandenburg veranlaßt, nach der ersten öffentlichen Versammlung der SAP an den Versammlungsleiter mit der Bitte heranzutreten, eine gemeinsame antifaschistische Kundgebung in die Wege zu leiten, mit paritätischer Versammlungsleitung, Rednern usw. Nun scheint dergleichen den KPD-Gruppen anscheinend von „oben“ her verboten worden zu sein! Um so erfreulicher war es, daß aus Betriebsorganisation und Erwerbslosenausschuß Stimmen kamen, die die Einheit der Massen und ihr Handeln gegen den Klassenfeind, ganz gleich unter welcher Führung, für die wichtigste Aufgabe des Augenblicks erklärten. Daß gerade die, denen es am schlechtesten geht, unseren Ruf zum einheitlichen Handeln verstehen, ihn richtig finden,

ihm folgen wollen, ist uns Beweis, daß wir auf dem rechten Wege sind.

Rathenow

Volkshöhle: „Der Brotverdiener“ oder „Das Gesicht der herrschenden Klasse.“ George Grosz hat diese Leute scharfer gesehen und unromantischer gezeichnet als Maugham sie auf die Bühne projiziert. Zunächst lief die Komödie in Deutschland unter dem Namen „Muß die Kuh Milch geben?“ Muß der Bankier Bankier bleiben und verdienen und verdienen, sinnlos bis an seine Ende? Ist nicht das Sein und Leben der „besseren Kreise“, der „gebildeten Gesellschaft“ ein Leerlauf der Qualitätslosigkeit? Ist Brotverdiener als Lebensweck erträglich? fragt der Autor. Die Durchführung dieses Problems kann auf der Bühne zu einem solchen Aktivposten an Gesellschaftskritik werden, daß, wenn der Vorhang sich schließt, Hohngelächter vernichtend aus dem Theatersaal hinausschlägt über jene Bürgerwelt, in der das Menschentum seelenloser Larvenhaftigkeit weichen mußte. Soweit läßt es Maugham nicht kommen, und auch die gute Inszenierung Heinz Thielers im Auftrage des Mitteldeutschen Ostdeutschen Landestheaters (Verband der Volkshöhen) bringt es nur dazu, daß man schmunzelt. Die Volkshöhle hat das Stück „Der Brotverdiener“ genannt. Es wirkt wie Aufreizung zum Klassenhaß, wenn der Herr Börsianer am Verdienen die Nase voll hat und den „Betrieb“ verläßt, um als Biedermann die „erarbeiteten“ Gelder im Nichtstun zu verzehren, während zu gleicher Zeit die Masse der Menschen das „Brotverdiener“ zur Schicksalsfrage der Welt macht.

Die ganze unanständige und scheinheilige Kultur der bürgerlichen Klasse ist für den arbeitenden Menschen nicht einmal mehr eine gute Vorlage für eine Komödie. Die „goldene Jugend“ ist total versimpelt und hat einen Fußball als Kopf. Sows geht dann zu den Nazis und will das Dritte Reich bauen, weil es in seiner ganzen Nullenhaftigkeit nicht über die Umrandungen der „zementierten Tennisplätze“ hinwegzuschauen vermag. Die Weiberchen lassen sich von ihren Männern aushalten und sind Fassade bis ins letzte. Die Männer sind die Don Quichottes der sterbenden

bürgerlichen Gesellschaft. Nach den Rezepten seiner alten Ritterbücher sah der unsterblich-lächerliche Spanier in jeder Spelunke ein ausgewachsenes Kastell. In der liberal-bürgerlichen Ueberlieferung erscheinen ihnen die Stätten des Betrugs und der Ausbeutung, an denen gehandelt und „verdient“ wird, als „Stützpunkte“ der menschlichen Gesellschaft. Wenn dann einer ausbricht, und mit 5000 Pfund als lebenssichernde Rente die Flucht ergreift, dann genügt selbst die vorzügliche Spielleistung eines Koch-Riehl nicht, um diese Kleinigkeit menschlich nahe zu bringen. Das Publikum freute sich darüber, daß die Sache glatt und kurzweilig von fleißigen und tüchtigen Darstellern vorgespielt wurde. Es handelt sich um eine modernisierte Variante zu Kotzebues „deutschen Kleinstädtern“, um mehr nicht. Wenn diese Bretter die Welt bedeuten sollen, dann mußte die Wandlung des Charles Battle verhandelt werden, nicht die Kopflosigkeit des Hintergrundes. So geht es mit den meisten „Komödien“ dieser Art. Sie bekommen ihren lebenswirklichen Sinn für den Volksbühnenbesucher, der nicht nur zwei Stunden unterhalten sein will, erst durch das Dazudenken der Gegenwart. Man stellt sich die Frage: was geht das uns eigentlich an, was da oben gespielt wird? Die Sache wird erst interessant, wenn wir mit Schrecken feststellen, wieviel von der Verschrobenheit der verspotteten „Herren“ auf die arbeitende Klasse noch abfärben und nicht verschwinden wollen. Ohne Propagierung eines gewissen Radikalismus gegenüber den Verlockungen bürgerlicher Behaglichkeit und Verspöthlichkeit werden wir wohl nicht auskommen können — auch in der Volksbühnenbewegung nicht — wenn wir etwas leisten wollen im Sinne einer neuen Menschheitskultur gegenüber dem Attrappendasein der Zufriedenen der Satten.

Vom „Brotverdiener“ war in dieser Hinsicht nur etwas mitzunehmen, wenn man die wirkliche Welt nicht aus dem Auge verlor und die ganze Geschichte unter dem Motto aufnahm: So sieht es aus, das Gesicht der herrschenden Klasse, so sehen sie aus, die das „Dritte Reich“ herbeiführen wollen. — Larven! — Die „Wandlung“ des Charles vom Börsenjobber zum Schrebergärtner hätte Erich Kästner in vier Zeilen Lyrik zusammengefaßt: „Ich möchte einen Schrebergarten haben, Mit einer Laube und nicht allzu klein. Es ist so schön, Radieschen auszugraben. Behüt' Dich Gott, es hat nicht sollen sein.“ M.

Sportschau der SAZ

Arbeiter, spielt Tennis!

„Ach was, Tennis, das ist nichts für uns Arbeitersportler“, so sagt da mancher Genosse, und mancher stimmt ihm zu. Und doch haben die Genossen, die das behaupten, unrecht. Sie ist aber verständlich, diese ihre Haltung, der Tennissport hat jahrzehntlang nur als Sport der „oberen Zehntausend“ gegolten und ist daher in den Augen der Arbeitersportler sozusagen diskreditiert. Und überdies wird der körperbildende Wert dieses Sportzweiges in unseren Reihen recht skeptisch beurteilt.

Und doch tut man dem Tennissport bitter unrecht damit. Wenn man ihn wirklich als Sport betrachtet, ist er einer der schönsten. Und der körperbildende Wert? Nun, es ist gar nicht so einfach, das Tennisspiel, wie es aussieht, wenn man einen guten Sportler spielen sieht. Der Schläger ist zwar groß, und dennoch haut der Anfänger oft daneben. Es wird eben bei diesem Sport ein reiches Maß von Gewandtheit im Sprung, von Lauf- und Treffericherheit, kurz — von körperlicher und geistiger Beherrschung verlangt. Es sind zwar keine gewaltigen Kraftanstrengungen, die das Fortschleudern des Balles erfordern, aber es ist eine ausgezeichnete sportliche Beherrschung des Körpers notwendig, wenn der Ball gut zurückgegeben werden soll. Und das ist im höchsten Maße körperbildend. Ganz abgesehen davon, daß die gute Placierung des Balles schnelle Entschlußfähigkeit, die Fähigkeit schneller Ueberblick der Gesamtlage im Spielfeld erfordert, Tennis also nicht nur körper-, sondern auch geistesbildend ist.

Aber einen Grund gibt es doch, der die Minderbemittelten, die die Arbeiter und Angestellten ja darstellen, von der Ausübung dieses Sports zwangsweise abhält: die relativ hohen Kosten, die damit verbunden sind. Dem hat aber die gute Organisation der Arbeitersportler wirksam entgegen gearbeitet. Die Platzbeiträge sind denkbar niedrig. Und die Kleiderfrage, die leidige, die kostspielige? Nun, die existiert für den Arbeiter-Tennisspieler nicht. Wie bei den Leichtathleten auch ist sein Tennisanzug das Turntrikot.

Der Einführung des Tennissports in unseren Reihen mögen hier und da noch Widerstände entgegenstehen. Aber welche Widerstände können die Arbeiterschaft in ihrem Fortschritt hemmen, wenn sie nur vorwärts will! Uebrigens: es ist überall so, nicht nur beim Sport...

Sportliche Verbindung zwischen Rußland und dem Faschistenland

Die „Mitteldeutsche Sportzeitung“, Nr. 1/1932 des Deutschen Fußballbundes bringt von der letzten Sitzung der bürgerlichen Fußball-internationale („FIFA“), folgende Meldung: „Der geplante Länderkampf zwischen Italien und Rußland wurde nicht genehmigt.“ Demnach waren die Verhandlungen zwischen dem faschistischen Italien und dem bolschewistischen Rußland bis auf die Genehmigung der FIFA erfolgreich abgeschlossen. Die bürgerliche Presse in Deutschland berichtete schon seit Monaten über die guten Beziehungen zwischen dem verstaatlichten faschistischen und bolschewistischen Sportlager wegen eines Länderspiels.

Das Berliner Sekretariat der kommunistischen Sportinternationale hat die Richtigkeit dieser Meldungen durch Stillschweigen anerkannt. Was sagen die „Oppo“-Sportler dazu? Glauben sie nicht auch, daß zwischen den Parolen ihrer Führer und dem was sie tun, seltsame Zweispaltigkeiten existieren?

Schach dem König! Schneeberg siegt über Alberoda 10,5 : 2,5

Das Spiel nahm einen interessanten Verlauf. Bis zum Mittelspiel hielt sich Alberoda gut, doch im Endspiel war Schneeberg überlegen. Alberoda gewann am 5. und 8. Brett; am ersten wurde remis gespielt.

Ein Simultanspiel muß nachträglich noch gemeldet werden, das in Stützengrün der Schachgenosse Hülder an sechs Brettern führte. Genosse Hulder gewann am 3., 5. und 6. Brett.

Am Sonntag, vorm. 9 Uhr, treffen sich die Vereine Planitz und Oberhohndorf zu einem Gesellschaftsspiel im Schreiberheim Planitz. Ein spannender Kampf dürfte zu erwarten sein.

Ausschreibung zum Hallensportfest am 28. Februar in den Messehallen am Kaiserdamm Männer

Offen für alle: 60-m-Hürden-Lauf, 2000-m-Mannschaftslauf (3 Mann müssen geschlossen einlaufen).

Klasse A: 75-m-Laufen, 4 x 400 m, 20 x 1 Runde, nur für erste Mannschaften, und 10 x 1 Runde Stafette für nicht an der großen Stafette Beteiligte.

Klasse B: 75-m-Laufen, 10 x 1 Runde und Olympische Stafette.

Klasse C: 75-m-Laufen, 10 x 1 Runde und Schwedenstafette.

Von Hessens Arbeitersport- bewegung

Meisterschafts- und Serienspiele in den Bezirken

1. Bezirk: Büttelborn—Messel 5:2; Gräfenhausen—Offenthal 2:2.
2. Bezirk: Niederrad—Rödelheim 4:0; Bonames—Altenkirchen 7:4; Frankfurt-Nord 1b gegen Bockenheim 1b 2:6.
4. Bezirk: Fr. T. Offenbach—Dietschheim 0:5; Hainhausen—Teutonia-Offenbach 2:0.
5. Bezirk: Mainz-Gonsenheim—Nieder-Olm 3:1; Rambach—Oppenheim 3:1; VfL Mainz gegen Mainz-Ginsheim 2:6; Brezenheim gegen Mainz-Gustavsburg 3:1.

Privatspiele im 9. Kreis

Die Fr. T. Frankfurt-Nord spielte gegen den VfB. Hedderheim: die Gäste unterlagen der größeren Routine Nordts mit 2:4. Die zurzeit in Hochform befindliche BSV. 26 Frankfurt schlug die SpVg. Vorwärts mit 2:0. Ueberraschend kommt die knappe 1:3-Nieder-

Schwimmer sind auch gute Handballer

FS. Düsseldorf besiegt Mettmann I 4 : 3 (2 : 0)

Daß keine Einsitigkeit herrscht bei den Arbeitersportlern, das bewiesen am Sonntag wieder die Freien Schwimmer. Sie lieferten Mettmann einen abwechslungsreichen und spannenden Kampf und gingen gleich zu Anfang in Führung. Ehe Mettmann richtig in Schwung kam, bekamen sie noch ein „hereingedreht“. Aber jetzt war bis zur Halbzeit Ruhe. Dann allerdings holt M. auf, und als es kurz vor Schluß 3 : 3 steht, glaubt man schon an ein Unentschieden. Aber dann kam plötzlich das Entscheidungstor. — Die 1b-Mannschaft der Schwimmer gab der zweiten von Mettmann ebenfalls, und zwar mit 3 : 0, das Nachsehen. Die dritten Mannschaften spielten unentschieden 2 : 2 (0 : 0). Weiter spielten: Schwarz-Gelb Ia—Linfert I 11 : 8 (5 : 3), Holthausen I—Grün-Weiß komb. 1 : 8 (1 : 5), Unterrath I—Freie Wasserfahrer 4 : 3 (2 : 2), Nauß II—Hilden I 8 : 4 (3 : 2), Gernsheim 95—Eller 7 : 1 (1 : 0), Rath I—Ratingen I 1 : 6 (1 : 3), Ratingen II—1895 Nord 3 : 5 (3 : 1).

Ältere Sportler: 75-m-Laufen, 30 bis 35 Jahre und über 36 Jahre. 4 x 1/2 Runde Stafette.

Sportlerinnen: 75-m-Laufen, 14—16, 17—18 und über 18 Jahre. 10 x 1/2 Runde und Kleine Olympische Stafette.

Jugendliche: 75-m-Laufen, 14—16 und 17 bis 18 Jahre. 60-m-Hürdenlauf, 800-m-Laufen, 5 x 1 Runde Stafette.

Für nicht zur Turnsparte gehörige Sportler (Schwimmer, Ruderer, Tennisspieler, Fußballer, Athleten usw.): 10 x 1 Runde Stafette. Rundbahnlänge: 200 m.

In den verschiedenen Altersklassen gelten wie stets die Jahrgänge. Zu den 75-m-Läufen werden auf Grund der Gemeldeten die je 18 Besten zugelassen; 100-m-Zeiten angegeben.

Meldungen bis 14. Februar an Fritz Leutloff, Berlin SO. 36, Manteuffelstr. 46.

Legende des Frankfurter SC. Bertram gegen VfR. Wiesbaden. — Weitere Resultate: Fr. SV. 94 Sachsenhausen—Kelsterbach 3:0; Spremlingen—Jask-Frankfurt 3:4; Schwalbach—Cronberg 4:0; Oberroden—Niederroden 3:2; Hausen b. O.—Jügesheim 2:0; Hanau 04—Hainstadt 4:0; Windecken—Kilianstädten 7:0; Wixhausen—Fr. Tgde. Pfungstadt 6:0; Groß-Zimmern—Roßdorf 0:3; Steubach—Münster 1:7; Weiterstadt—Bensheim 1:0; Großen-Linden—Launsbach 6:3; Groß-Gerau—Klein-Gerau 8:6; Fr. T. Mainz—Kreuznach 22 4:5; Münster—Gernsheim 10:0; Eberstadt—Arheilgen 3:6; Stockstadt—Arheilgen 4:5.

Handball

Um die Kreismeisterschaft trafen sich im letzten Spiel der Vorrunde Oberroden und Frankfurt-Bockenheim; letzteres holte sich mit 4:3 (2:1) einen knappen aber verdienten Sieg. Der Tabellenstand ist nun folgender:

Vereine	Sp.	gew.	un.	verl.	Tore	Pkt.
Fr. Tgde. Darmstadt	2	2	—	—	19	4,0
Fr. T. Frankl.-Bockenheim	2	—	—	1	5,8	2,2
Fr. T. Oberroden	2	—	—	2	7,9	0,4

Die Meisterschaft des 2. Bezirks errang der VfL 13 Frankfurt durch seinen 4:1-Erfolg gegen Zeilheim. — Privatspiele: Fr. T. Frankfurt-Nord—Enkheim 11:2; Fr. T. Bornheim—Fichte-Frankfurt 3:2; Griesheim b. D. gegen Worms 3:2; Fr. Tgde. Mainz—Eppstein 4:1; AWV. Offenbach—Fr. T. Griesheim a. M. 4:3; Bensheim—Jugenheim 11:1; Fr. T. Offenbach—Sossenheim 2:3; Klein-Steinheim gegen AWV Offenbach 3:11.

Turnen

1. Bezirk: In der B-Klasse besiegte Dreieichenhain Wallerstädten mit 14 Punkten Vorsprung. Meister der A-Klasse ist Dreieichenhain, in der B-Klasse Langen und in der Jugendklasse Arheilgen.

4. Bezirk: Hüttengesäß—Lagendiebach 488:358.

Schwerathletik

Serienkämpfe der Ringer: Frankfurt-Rödelheim—Höchst a. M. 8:6; Offenbach gegen Bieber 9:5; Darmstadt—Sulzbach 6:2:7:2.

Kleine Sportnachrichten

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Gau Sachsen — 7 und 8. Bezirk

Radeberg: 24. Januar Nw. ins Blaue. 13.30 Uhr am Amtsgericht. F.: Biederl.
Neukirch/Lausitz: 23. Jan. Abendwanderung nach der Schurghaude. 19.30 Uhr an der Schule.
Großröhrsdorf: 2. Jan. Nw. nach dem Schleisberg und Schwedenstein. Treffen 13.30 Uhr am Krankenhaus. F.: J. Rönisch.
Kamenz: 20. Jan. Lichtbildvortrag. Ref.: Genosse Domschke.
Bautzen: 21. Jan. Lichtbildvortrag „Meine Italienfahrt“. Ref.: Gen. Krenz. — 20 Uhr Klosterschenke. — 24. Jan. Nw. unteres Spreetal, Gottlobsb. Treffen 13.30 Uhr am Schützenplatz. F.: Gen. Fahlandl.
Sebnitz: 22. Jan. Bunter Abend im Vereinslokal. — 24. Jan. Nw. nach dem Tanzplan. Treffen 8 Uhr an der Neuen Schule. F.: W. Mehlhorn.
Kirschau: 24. Jan. Nw. Weißer Höhe — Wiltener Höhe. Treffen 13 Uhr Ende Waldstraße. F.: Gen. Albert Pietsch.
Zittau: Jugendabteilung: 22. Jan. Abendwanderung. Wintersportabteilung. Vorantrieb: Wir fahren zu Ostern ins Riesengebirge. Wer will mitfahren? Meldeschluß am 4. Februar. Meldet euch rechtzeitig, damit die Quartiere bestellt werden können.
Löbau: 24. Jan. Wintersport am Hochstein. Treffen 13 Uhr an der Brücke B. Die Tour wird bei ungünstigen Wintersportverhältnissen, aber ohne Geräte, durchgeführt.
Hirschfeld-Reibersdorf: 22. Jan. Bunter Abend in der Schule. 20 Uhr. 24. Jan. Nw. Rechter Neißelalweg, Kappelgrund. Treffen 13 Uhr an der Haltestelle Rohnau. Wenn Schnee mit Skiern.
Oberoderwitz: 23. u. 24. Jan. Schiwanderung nach Seibhennersdorf. Abf. 16 Uhr von Stadt „Metz“. F.: Gen. Ernst Mielisch. Bei ungünstiger Witterung Aushängekasten beachten.
Neugersdorf: 26. Jan. Lichtbildvortrag: „Meine Fahrt nach dem Nordkap“. Ref.: Gen. Großpietsch-Seibhennersdorf. 20 Uhr im V.L.
Löbau: 24. Jan. Fuchsjagd durch den Schnee. 14 Uhr heim. Gen. Schmitz.
Seibhennersdorf: 23. Jan. Kunstabend Gen.-Becker im Kretscham. — Jugendgruppe: 21. Jan. Liederabend: 20 Uhr beim Gen. Seidl. — Wintersportabteilung: 24. Jan. Tw. Hainewalder Busch. Treffen 9 Uhr am Kretscham. F.: Gen. Großpietsch. Spitzkunnersdorf: 21. Jan. Gruppenabend beim Gen. Mai. Beginn 19 Uhr.
Das Wintersporttreffen wird auf unbestimmte Zeit verschoben. Benachrichtigung erfolgt an dieser Stelle.
Am Sonntag, dem 24. Januar, findet in Zittau im Schwarzen Adler die Oberrhein-Konferenz statt. Beginn 8 Uhr.

Ruder-Verein Collegia e. V. Charlottenburg: Freitag, 22. Jan., pünktlich 8 Uhr, Vortrag des Gen. Seifert: „Begriff der Erziehung“. — Sonnabend, 8.—10 Uhr, Kastenrudern im Berggartenanlage. — Sonntag, 24. Jan., vormittags 10.—11 Uhr spielt die 1. Mannschaft gegen Vorwärts II in Lichtenberg, Normannenstraße. Mit Frei Heil.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin: Donnerstag, 21. Januar, 20 Uhr, erweiterte Bezirksvorstandssitzung im Lokal Schulz, Elisabethstr. 20, Nähe Alexanderplatz. (Auf Grund unseres Rundschreibens vom 12. 1. 32.) Außerordentlich wichtige Tagesordnung.
Versammlung aller gewerkschaftlich organisierten SAP-Mitglieder: Donnerstag, 21. Januar, 19:30 Uhr, in den Berlin-Festsaal, Schönhauser Allee 28. Tagesordnung: Referat des Gen. Wackerle über „Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften“. Einleitend zur gegen Verzeihung des Partei- und Gewerkschaftsbundes. Unkostenbeitrag —,20 Mark, Erwerbslose —,10 Mark.

SJV

Donnerstag, 21. Januar, 19.30 Uhr.
Charlottenburg-Mitte: Heim wie bekannt. — Spartakusbund und seine Arbeit 1918-1919.
Frankfurter Allee II: Heim, Frankfurter Allee 304. — Aktiviervortrag — Diskussion.
Hansa: Heim, Lehrter Str. 18/19. — Sowjetrußland.
Mitte-Nord „Ernst Toller“: Heim, Elisabethkirchstr. 19. — Einführung in den Marxismus“. Ref. Gen. Dora Fabian.
Mitte-Süd: Heim, Waisenstr. 18. — Einheitsfront III SAP.
Moabit: Heim, Lehrter Str. 18/19. — Rußland III.
Schöneberg-Friedens: Heim, Hauptstraße. — Das proletarische Müdel.
Wörther Platz „Matteotti“: Heim, Pronzauer Allee 34. — Tagespolitik.
Westend: Lichtbildvortrag: „Sowjetrußland“. Heim, Sportplatz Westend.
Wilmerdorfer: Heim, Wilhelmstraße. — Voraussetzung der Revolution.
Zehlendorf: Beteiligung an der öffentlichen Versammlung am Freitag, großem Saal „Lindenpark“, Berliner Str. 8.

Mitteilungen der BL.
Gewerkschaftsoblente, ZDA-Jugend und FGJ-Funktionäre nehmen teil an der Gewerkschaftsversammlung der SAP, Berlin-Festsaal, Schönhauser Allee 28. Thema: Gen. Wackerle: „Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften“.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: W. H. Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann Verlag Stielzel Zeitungsverlag, m. H. E. Druck: Georg Koenig & Co. amtl. in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.
„SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2.04.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2.905.
Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen RM 2,40 und RM —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: Stielzel Zeitungsverlag, m. H. E., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

monatlich . . . 2,40 RM. inkl. Bestellgeb.
wöchentlich . . . 0,60 RM. inkl. Bestellgeb.
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf.
Zustellungsgebühr

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Stielzel Zeitungsverlagsgesellschaft m. H. E. Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Volksbühne

Teeel a. 500swpl.
D. 1. Norden 2945
Donnerstag, 8 Uhr:
Zum 4. Male:
Der Gelangene

Rose-Theater

Groß Frankfurter Str. 132
Tel.: 27. Witzel 3472
8 1/2 Uhr:

Eine Frau
von Formas

Les den
Klassen-
kampf

Anzeigen-Werber

gesucht für Zusammenstellung
von Bezugsquellenverzeichnissen
einer Tageszeitung.

nächste Provisionen,
sofort bares Geld!

Angebote sind zu richten unter
„Postlagerkarte Nr. 75“
Berlin SW 48

Das Kampfsignal

morgen
neu!

Beachtet unsere Inserate!

Stärkt
den
Presse
Fonds

Stärkt
den
Presse
Fonds

Stärkt
den
Presse
Fonds

Stärkt
den
Presse
Fonds

Oberlausitz

Mein diesjähriger großer
Inventur-Ausverkauf
beginnt **Donnerstag, den 21. Januar**
Die schlechte Wirtschaftslage verlangt außerordentliche Maßnahmen. Rücksichtslos sind daher die Preise für meine **Qualitätswaren** um ein Viertel, ein Drittel, ja oft bis zur Hälfte und mehr herabgesetzt. Jetzt heißt's aber auch kaufen und die Gelegenheit ausnutzen.

Ad. Menzels Nachf. **KARL FIEBIGER**
Neusalza-Spremberg

Neu-Eröffnung! Neu-Eröffnung!
Gasthaus z. d. Linden
Neu-Spremberg
Sonnabend, 23. u. Sonntag, 24. Januar
Gr. Schlachtfest!
Schlachtküchel / Bratwurst a. Krant u. Kisch
Für Zubereitung und angenehmen Aufenthalt ist gesorgt

Es laden ein:
Der neue Wirt
Oskar Richter u. Frau
Schließfach 10

Breslau

Städtische Handelsschulen in Breslau.
1. Höhere Handelsschule
11jähriger Lehrgang.
2. Handelsschule
1- und 2jährige Lehrgänge, bei letzteren auch Sonderkurse zur Erlangung des Zeugnisses der mittleren Reife.
Wichtig: Der erfolgreiche Besuch der höheren Handelsschule und Handelsschule befreit von der Pflicht zum Besuche der kaufmännischen Berufsschule.
Beginn der unter 1. und 2. genannten Lehrgänge am Donnerstag, dem 7. April.

3. Wahlreife Abendkurse
4monatige Lehrgänge; Beginn 1. Mai.
In Stenographie und Maschinenschreiben bei genügender Beteiligung auch Vierteljahreskurse; Beginn 1. April.
Besonderes Inserat erscheint demnächst.

Auskünfte und Anmeldungen bei dem Direktor, Taschenstr. 22, 1. Stock.
Der Magistrat.

Arbeitersportler! SAZ
Ist die SAZ

Neuer Schritt zur roten Einheit

Zusammenarbeit der SAP und KPO im Bezirk Großthüringen

Neue Ortsgruppen
In Biedenkopf (Hessen) wurde nach einem Referat des Genossen Portune eine Ortsgruppe der SAP gegründet, der sich sofort 20 Genossen anschlossen.

In Neuburg a. d. Donau wurde eine Ortsgruppe gegründet, der ein sozialdemokratischer Stadtrat beitrug.

Neue Ortsgruppen wurden in Glogau und in Oppeln gegründet.

Mitgliederzuwachs
In Rodewisch (Sachsen) hat sich seit der Gründung die Zahl unserer Mitglieder um 50, die der Leser unserer Presse um 40 Prozent gesteigert.

In Eibenstock wurden in der letzten Versammlung 10 neue Mitglieder aufgenommen.

In Meuselwitz traten in der letzten Versammlung 5 neue Mitglieder, darunter zwei sozialdemokratische Gemeindevertreter, der Partei bei.

Verwirrung in Chemnitz

Der „Chemnitzer Volksstimme“ ist unsere Antwort auf ihren Artikel, in dem sie die Gewerkschaftspolitik der SAP und das Referat des Genossen Weckerle verleumdete, heftig in die Glieder gefahren. Sie antwortet mit neuen Entstellungen, von denen wir nur auf eine kurz eingehen wollen: Die „Volksstimme“ hatte behauptet, die SAP sei in die Linie der Gewerkschaftspolitik der KPD eingeschwenkt. Jetzt bringt sie den „Beweis“. Sie zitiert die „Arbeiterpolitik“, die von der angenommenen Resolution geschrieben hat: „Sie ist im wesentlichen eine Wiedergabe dessen, was die KPD-O seit langem propagiert.“ Das ist der Beweis dafür, daß die SAP KPD-Politik macht!

Weiß denn der Chemnitzer Gewerkschaftsredakteur wirklich nicht, daß die KPD-O sich gerade deshalb von der „Linie“ trennte, weil sie die RGO-Politik für falsch hielt? Oder hält er seine Leser für so dumm?

Beim Papst in die Schule gegangen?

Die politische Freundschaft mit dem Zentrum hat in jeder Beziehung auf die SPD abgefärbt. Außer der Kirche gab es bisher eine Körperschaft, die ihren Anhängern die Lektüre bestimmter Schriften verboten. Diese Methode hat Schule gemacht — und zwar bei der SPD.

Uns liegt ein Rundschreiben des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Unterbezirk Wolmirstedt-Neuhaldensleben vor, in dem es heißt:

„Laut Beschluß des Parteivorstandes ist die Mitgliedschaft der „Friedensgesellschaft“ mit den Richtlinien unserer Partei nicht vereinbar. Wer also dort noch Mitglied ist, muß auscheiden. Als Mitglied der Friedensgesellschaft gilt auch, wer die Zeitung „Das Andere Deutschland“ abonniert. Demnach ist auch dieses kommunistisch (!) eingestellte Blatt abzubestellen.“

Es ist für die Sozialdemokratie bezeichnend, daß sie ein keineswegs kommunistisches, sondern rein pazifistisches Organ in den Händen ihrer Mitglieder fürchten zu müssen glaubt. Die „nationale Zuverlässigkeit“ könnte in Gefahr geraten.

Wenn sie aber behauptet, Meinungsfreiheit zu gewähren, so wird sich diese Behauptung kaum aufrecht erhalten lassen, nachdem nun sogar schon ein so weitgehender Gewissenszwang auf die Mitgliedschaft ausgeübt wird.

Braun im Porzellanladen

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun hat der Frau Christiane Choina in Bohsdorf bei Spremberg, Regierungsbezirk Frankfurt a. Oder, zu ihrem 100. Geburtstag am 19. Januar ein Glückwunschschreiben, eine Porzellantasse der preußischen Staatsregierung und ein Geldgeschenk überreicht.

In der Tat ist die preußische Regierung der beste Abnehmer der Staatlichen Porzellanmanufaktur. Ob ein Kindlein geboren wird, oder ob einer stirbt, ob ein Jubiläum ist, oder wer hundert Jahre alt wird — Preußen schenkt eine Porzellantasse.

Wie verlautet, soll das außerdem noch obligatorische Geldgeschenk demnächst durch ein Viertelpfund Malzkaffee abgelöst werden.

Die Bevölkerungsabnahme Berlins

Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin ergibt sich für das Jahr 1931 eine Abnahme der Bevölkerung der Reichshauptstadt um 43 721 Personen, die sich aus einem Sterbeüberschuß von 10 714 und einem Wanderungsverlust von 33 007 zusammensetzt. Am 1. Januar 1932 zählte Berlin 4 288 314 Einwohner.

Die Bezirksleitungen der SAP und KP-O in Thüringen sind auf Grund einer gemeinsamen Aussprache zu der Überzeugung gekommen, daß beide Organisationen durch gemeinsame Aktionen den Widerstand gegen die drohende Faschistengefahr und die Unternehmerröfensive organisieren müssen, und daß alles daranzusetzen ist, die gesamte Arbeiterklasse und alle Arbeiterorganisationen in eine einheitliche Kampffront gegen den Faschismus und für die Erkämpfung des sozialistischen Auswegs aus der Krise zu bringen.

Unbeschadet der grundsätzlichen Gegensätze, die zwischen der SAP und der KP-O bestehen, sind die Bezirksleitungen beider Organisationen übereingekommen, folgende Aktionsrichtlinien für ein gemeinsames Handeln im Bezirk und in den Ortsgruppen aufzustellen:

1. Alle Maßnahmen zur Stärkung und Festigung der Klassenkampffront sind darauf auszurichten, daß eine einheitliche Kampffront der SAP, der KP-O, der SPD, der KPD, der Gewerkschaften, Sport- und Kulturorganisationen und der bestehenden proletarischen Wehrorganisationen zustande kommt. Zu diesem Zwecke sind gemeinsame Versammlungen und Demonstrationen örtlich anzubahnen und durchzuführen.

2. Um den Widerstand gegen den Faschismus und den Kampf gegen den Faschismus erfolgreich führen zu können, verpflichten sich beide Organisationen, die Bildung antifaschistischer Kartelle unter Einbeziehung aller Arbeiterorganisationen zu propagieren und zu organisieren.

3. Beide Organisationen verpflichten sich, in den Gewerkschaften und proletarischen Massenorganisationen einen gemeinsamen Kampf gegen die reformistische Entartung und für die Revolutionierung dieser Massenorganisationen zu führen. Zu diesem Zwecke erstreben sie gemeinsames organisiertes und politisches Auftreten und die Zusammenfassung aller auf

dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter. (Bildung linker Fraktionen.)

4. Auf Grund dieser Festlegungen sind sofort örtlich Maßnahmen zu gemeinsamen Aktionen auf der Grundlage folgender Losungen durchzuführen:

a) gegen den Faschismus und die faschistische Reichspräsidentenkandidatur;

b) für die Bildung antifaschistischer Kartelle, gemeinsame Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften, für den außerparlamentarischen Kampf und für eine antifaschistische Reichspräsidentenkandidatur;

c) gegen die Brüning-Diktatur, die Koalitions- und Tolerierungspolitik, gegen Notverordnungen und gegen den kapitalistischen Ausweg aus der Krise;

d) für den sozialistischen Ausweg, für Arbeiterkontrolle und Leitung der Produktion, für sozialistische Planwirtschaft.

Die Durchführung dieser Aufgaben bedingt volle Aktionsdisziplin der angeschlossenen Organisationen, was aber scharfe grundsätzliche Kritik nicht ausschließt, sondern sie vielmehr zur Voraussetzung der siegreichen Abwehr macht.

Der Kampf für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront muß in Verbindung gebracht werden mit dem Kampf gegen die imperialistische Revision der Friedensverträge und gegen die Kriegsgefahr. Die Liquidation der imperialistischen Verträge muß durch revolutionäre internationale Aktionen der Arbeiterklasse mit dem Ziel der Erkämpfung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Errichtung der proletarischen Diktatur, der Rätemacht, geführt werden.

Bezirksvorstand der SAP
gez.: August Siemsen

Bezirksleitung der KP-O
gez.: Hans Tittel

Wieder eine Massenversammlung in Breslau

Breslau, 20. Januar

Vor etwa 2500 Menschen sprach der Genosse Sternberg am Montag im großen Schießwerraal, in einer öffentlichen Versammlung über die rote Einheitsfront. Die absolut sachlich gehaltene Ausführung machte auch auf die zahlreichen Kommunisten einen solchen Eindruck, daß das Referat ohne Störung angehört wurde. Genosse Sternberg wies unter dem Beifall der überwiegenden Mehrzahl der Versammelten darauf hin,

daß heute keine einzelne Partei mehr den Faschismus schlagen könne, sondern nur die rote Einheitsfront des gesamten Proletariats.

Diese Einheitsfront gelte es heute noch, in letzter Stunde zu organisieren. Wenn das geschehe, würde die deutsche Arbeiterschaft mit dem Faschismus auch die Diktatur des Monopolkapitals besiegen. Die Diskussionsrede des kommunistischen Redners Wiedmeier fiel völlig ab, mit seinen ultralinken Phrasen vermochte er nicht einmal bei seinen eigenen Anhängern mehr Eindruck zu machen. Der Bankrott der ultralinken Politik der Kommunistischen Partei, der sich unter anderem auch darin ausdrückte, daß bei einer Betriebsraterversammlung, die die RGO einberufen, nach eigenen Angaben der Arbeiterzeitung nur 11 Betriebe vertreten waren, zeigte sich in dieser Versammlung wieder ganz deutlich. Von der KPDO-Mehrheit sprach der Genosse Monden außerordentlich sachlich in der Richtung der Organisation der Einheitsfront durch Aktionen von unten, von den Betrieben herauf. In seinem Schlußwort konnte Genosse Sternberg (der übrigens, das sei gegenüber sozialdemokratischer Verleumdungsversuchen hier öffentlich festgestellt, seit längerer Zeit freigewerkschaftlich organisiert ist) mit Recht feststellen, daß auch durch diese Massenkundgebung die rote Einheitsfront in Breslau einen neuen Schritt vorwärts gekommen sei.

Von der Lügenfront

Das „Sächsische Volksblatt“ sagt uns tot

Totgesagte leben lange. Deshalb könnte es uns freuen, wenn das „Sächsische Volksblatt“ in seinem Jubiläumsartikel zu unserm vierteljährigen Bestehen, der gleichzeitig Nekrolog sein soll, uns totsagt. Aber was an Material zum Beweis für diese Behauptung beigebracht wird, ist so dürftig, daß es sich wirklich nicht lohnt, ausführlich darauf einzugehen. Wir kommen nicht mehr vorwärts, ist das eine, Daß täglich neue Ortsgruppen gegründet werden und die alten dauernd wachsen, ist offenbar Beweis für unsere Stagnation. Bei uns gibt's Meinungsverschiedenheiten — die zweite Todesursache. Gewiß verderblich in den Augen einer Partei, für die der Parteivorsitzende dekretiert hat „es gibt keine Richtungen mehr“. Aber zum Schluß legt der Artikelschreiber ein Bekenntnis ab, das einem Sozialisten alle Ehre macht, und das wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen:

„Wer kein Pharisäer sein will, der höre auf mit dem Gerde von der Belastung seines Gewissens durch die seiner Meinung nach falsche Politik der Mehrheit einer Parlamentsfraktion.“

Politisches Gewissen — in Zwickau überflüssiger Luxusartikel. Wir danken für diese Offenherzigkeit und hoffen, auch als Totgesagte den Gewissenlosen noch oft Gelegenheit zu geben, sich mit uns zu beschäftigen.

Der Vorkämpfer der internationalen Wirtschaftsreaktion

TU. London, 19. Januar.

Adolf Hitler ist, wie der „Star“ nunmehr bestätigt, von der englischen Wirtschaftsliga eingeladen worden, einen Vortrag über den Nationalsozialismus zu halten. Der englischen Wirtschaftsliga gehört eine Reihe von englischen Großindustriellen an, die sich laufend über die politischen Tendenzen im Auslande unterrichten wollen.

Polens Auslandsverschuldung

Warschau, 19. Januar.

Der „Monitor Polski“ vom 15. dieses Monats veröffentlicht den Stand der Auslandsverschuldung des polnischen Staates. Danach schuldet Polen: den Vereinigten Staaten 802 911 500 Dollar und 1 680 000 Pfund Sterling; Frankreich 2 296 904 516 Francs; England 4 676 495 Pfund Sterling; Italien 358 654 498 Lire; Schweden 6 253 200 Kronen und 82 344 670 Dollar.

Drakonisches Urteil. Der Geschäftsführer der kommunistischen Zeitung „Daily Worker“, Frank Priestley, wurde wegen Aufreizung von Matrosen zur Meuterei zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Anklage stützte sich auf zwei im „Daily Worker“ erschienene Artikel.

Unzureichende Bierpreissenkung

Die Verhandlungen des Reichskommissars für Preisüberwachung mit den Vertretern des Deutschen Brauerbundes am 19. 1. 32 führten zu folgendem Ergebnis:

Der Deutsche Brauerbund nimmt von der Erklärung des Reichskommissars für Preisüberwachung Kenntnis, daß eine Senkung des Bierpreises um 2 Mark je Hektoliter Vollbier spätestens am 1. 2. 32 eintreten muß. Der Deutsche Brauerbund nimmt ferner davon Kenntnis, daß gleichzeitig auch eine entsprechende Senkung des Schanknutzens der Gastwirte eintreten muß. Diese Regelung soll für das ganze Reichsgebiet gelten mit der Maßgabe, daß für diejenigen Gebiete, für die besondere Beauftragte des Reichskommissars für Preisüberwachung bestellt sind, noch besondere Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Diese Senkung ist weit davon entfernt, den

vorgeschriebenen 10 Prozent zu entsprechen. Für Berlin beispielsweise beträgt sie bei einem Rückgang von 49,85 M. auf 47,85 M. rund 4 Prozent. Die Brauereien haben sich der Preissenkungsaktion erfolgreich widersetzt. Dazu kommt, daß die ursprünglich vorgesehene, längst fällige Senkung der Biersteuer gleichfalls unterblieben ist.

Spanisches Militärflugzeug explodiert

Zwei Tote, drei Verletzte.

Im Militärflughafen Mar Chica bei Melilla in Spanisch-Marokko ist das Wasserflugzeug Dornier 19 beim Brennstoffauffüllen explodiert. Nachdem die Teile des Wasserflugzeuges in hohem Bogen in die Luft geschleudert wurden, versackten sie im Meer mit zwei Monteuren, die ertranken. Drei Soldaten, die sich in einem Beiboot befanden, erlitten schwere Brandwunden.

Den Kumpels wird das Brot gekürzt



Unter Tag wird noch fieberhaft nach den Opfern des Antreibsystems und der Achtstundenschicht gegraben. Auch über Tage ist man nicht müßig. Den Ueberlebenden wird der Lohn gekürzt.

Aneinander vorbeigeredet

Die Deutsche Welle und eine Reihe anderer deutscher Sender übertrugen am Dienstagabend ein Gespräch zwischen Prof. Dr. M. I. Bonn und Geh. Regierungsrat Dr. Quatz über das Thema „Kann sich Deutschland wirtschaftlich unabhängig machen?“ Herr Dr. Quatz ist deutsch-nationaler Reichstagsabgeordneter, von Herrn Prof. Bonn sagt man, er sei Demokrat. Der Hörer, der das nicht wußte, wird einen wesentlichen Unterschied in den Auffassungen der beiden Herren nicht gemerkt haben. Ja, es ergab sich die immerhin überraschende Tatsache, daß der Deutschnationale sich über den Charakter der gegenwärtigen Krise und darüber, daß es auch nach ihrer Beendigung nie wieder eine Zeit der Hochblüte des Kapitalismus geben kann, wie wir sie in den letzten Jahren hatten, weit klarer war als sein demokratischer Gegner, der als ein echter Manchestermann die Auffassung vertritt, daß der Krise eine neue kapitalistische Blütezeit folgen werde, in der es der deutschen Wirtschaft wieder recht gut gehen würde. Einig waren sich die beiden Herren natürlich vollständig darin, daß die öffentliche Hand sich in die Wirtschaft nicht einzumischen habe, und Herr Dr. Quatz sprach verschiedentlich von sozialisierten Betrieben, die ihre Unfähigkeit bewiesen hätten, obgleich es in Deutschland bekanntlich sozialisierte Betriebe überhaupt noch nicht gibt. Einmütigkeit herrschte bei ihnen auch darüber, daß dem deutschen Volk größte Sparsamkeit nottue — was, in klareres Deutsch übersetzt, ja wohl heißen soll, daß eine noch weitere Herunterdrückung der Löhne sowohl von dem Deutschnationalen als auch von dem Demokraten für notwendig gehalten wird.

Im großen Ganzen entbehrte dieses Streitgespräch des allgemeinen Interesses. Das lag daran, daß man zwei Befürworter der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu Wort kommen ließ. Es wäre richtiger gewesen, wenn als dritter ein Sozialist mit hinzugezogen worden wäre, der den Hörern hätte sagen können, daß es nur einen Ausweg aus der Krise gibt: den Sozialismus, den zu erkämpfen die marxistisch geschulte Arbeiterschaft sich rüstet.

Aber von solchen Dingen darf ja wohl im behördlich treu behüteten Rundfunk nicht gesprochen werden!

Neuer Reifall Goerdelers!

Goerdeler hat sich auf die Verhandlungs-Plattform begeben; er wollte den Schuhmachern nicht diktieren, sondern von ihnen Anregungen bekommen. Daraufhin haben die Schuster ihm diktiert: aus den eindeutig kontrollierbaren Qualitätsangaben sind völlig unkontrollierbare Bestimmungen geworden, die selbst bewiegten Lederfachleuten ein Kopfschütteln entlocken. Es gibt jetzt drei Qualitäten: I = rein einholgegerbtes Kernsohlenleder, II = alle übrigen Lederqualitäten von mehr als 3 1/2 mm Stärke, mit Ausnahme von Leder aus Hals-, Kopf- und Bauchteilen, III = alles andere.

Ursprünglich sollten diese Qualitäten durch einen entsprechenden Nummernstempel zur allgemeinen Kontrolle kenntlich gemacht werden.

Davon ist jetzt keine Rede mehr. Einzig und allein die „Kupons und Häute“ müssen den Firmenstempel des Lederfabrikanten bekommen! Woher das Leder stammt, interessiert uns herzlich wenig, Herr Goerdeler, wir wollen wissen, ob die als Qualität I berechnete Sohle auch wirklich „rein einholgegerbtes Kernleder“ ist und nicht anderes, weniger gutes.

Ebenso wenig zeigen uns die sogenannten Preisverzeichnisse, die jetzt vorgeschrieben worden sind. Denn sie dürfen Angaben enthalten, die mit festen Preisen absolut nichts zu tun haben; die Vordrucke zeigen alle die ominöse Bezeichnung . . . von . . . bis, lassen also der Willkür, um nicht zu sagen dem Betrug alle Chancen. Deshalb ist auch der § 5 absolut wertlos, wonach auch öffentliche Ankündigungen von Reparaturen solche Preis- und Qualitätsangaben enthalten müssen.

Die Schuster wußten, was sie taten. Herr Goerdeler aber ist der Lackierte, und von einem Vorteil für den Verbraucher ist bei dieser, übrigens erst am 28. Januar in Kraft tretenden 7. Verordnung wirklich nicht die Rede!

Freitod eines Stadtbaumeisters

Westerland auf Sylt, 20. Januar. Im Sommerhaus der Schauspielerin Leopoldine Konstantin hat sich heute früh der Westerlander Stadtbaumeister Peter Johannsen erschossen. Gegen Johannsen, der als tüchtiger Beamter geschätzt wurde, schwebt ein Ermittlungsverfahren.

Neuer Präsident in Paraguay. Eusebio Ayala ist zum Präsidenten der Republik Paraguay und Casal Ribeiro zum Vizepräsidenten gewählt worden.

Inflationstheorie grassiert

Neue Währungsexperimente?

Wagemann propagiert Binnenwährung

Der Präsident des Statistischen Reichsamts, Verfasser einer umfangreichen, allerdings erst bis zum ersten Bande gediehenen theoretischen Geldlehre, hat gemeinsam mit Vertretern der Banken und Industrie, unterstützt von verschiedenen Wissenschaftlern, ein neues Projekt ausgearbeitet, das die Umgestaltung unseres Bank- und Währungssystems zum Gegenstand hat.

Im Prinzip laufen die Gedanken darauf hinaus, den Geldumlauf im täglichen Leben des Verbrauchers, in erster Linie also des Arbeiters, mit anderem Gelde zu befriedigen als den kaufmännischen und vor allem internationalen Zahlungsverkehr, der sich doch größtenteils bargeldlos abwickelt.

Der Geldumlauf an Münzen und kleinen Scheinen bis zu 50 RM. soll aus dem Gesamtgeldumlauf herausgenommen und (statt durch Gold, Devisen und Handelswechsel) durch eine 3-Milliarden-Anleihe gedeckt werden.

Außerdem sind bis zum Gesamtumlauf von 5 Milliarden RM. gewisse Wertpapiere als Deckung vorgesehen. Nur was über 5 Milliarden hinausgeht, soll ebenso wie die großen Noten (von 100 RM. an aufwärts) und die Giro-Guthaben bei der Reichsbank zu 40 Prozent durch Gold und zu 60 Prozent durch Handelswechsel gedeckt werden.

Die Anleihe ist so gedacht, daß die bei den

Banken und Sparkassen eingefrorenen Kredite der öffentlichen Hand in eine besondere, nur zur Deckung der kleinen Noten bestimmte Anleihe umgewandelt werden, wodurch die Geldinstitute im gleichen Ausmaß entlastet würden.

Die als Grenze betrachteten 50-Rm.-Noten stellen aber tatsächlich keine Grenze dar: sie werden ebenso im internationalen wie im Binnenverkehr benutzt. Schafft man aber in derart schwierigen Finanz-Situationen wie den gegenwärtigen

eine Art Binnenwährung

neben der internationalen, so wird notwendig eine Discriminierung beider und eine Herabwertung der Binnenwährung

Herabwertung der Binnenwährung

herbeigeführt. Daran ändert auch der theoretisch sicher einwandfreie Plan nichts, daß die kleinen Noten trotz ihrer andersartigen Deckung in große goldgedeckte umtauschfähig sein sollen. Denn durch den auf etwa 500 Rm. beschränkten Annahmewang der kleinen Noten erhalten sie zugleich denselben Charakter wie Scheidemünzen, die international nur ungern, wenn überhaupt, und nur mit erheblichem Disagio (Kursverlust) in Zahlung genommen werden.

Das von Wagemann erwähnte amerikanische Vorbild läßt sich nun einmal nicht ohne wei-

teres übertragen; man kann solche Versuche in Zeiten unwandelbaren allgemeinen Vertrauens machen, nicht aber in dem Augenblick, in dem doch nur festgefrorene Kredite der öffentlichen Hand als Deckung für die Binnenmark in Frage kommen.

Daß durch den Plan die Banken und Sparkassen, deren Staats- und Kommunalkredite in Anleihen umgewandelt würden, wesentlich entlastet würden, ist klar. Ebenso, daß die banktechnischen Vorschläge hinsichtlich der Trennung von Depositen- und Giro-Geschäften, auf die wir heute nicht näher eingehen können, durchaus als beachtlich zu behandeln sind. Aber das hindert nicht, den Währungs-ideen und der Form, in der sie in die Öffentlichkeit kamen, mit größter Skepsis gegenüberzutreten. Es hat keinen Sinn, auf Einzelheiten und ihre mehr oder minder gefährlichen Auswirkungen einzugehen. An sich gibt es gegen Kreditausweitungen und Inflationsmacherei theoretische und praktische Hemmschuhe. Doch die Drei-Milliarden-Deckungs-Anleihe führt in gleichem Umfang zwangsläufig zur Kreditausweitung, und zur Kreditinflation zur Noteninflation ist der tatsächliche Schritt nicht weit. Eine Vertrauenskrise bannt man nicht durch Experimente, wie es die soeben bekanntgewordenen Pläne sind.

Der „Reichsbote“ auf dem Kriegspfad

Die Generalstäbe als Lebensversicherung

Von Studienassessor Hein Herbers

Unter der Überschrift „Willst Du alt werden?“ — werde General!“ hatte ich mich hier zu Beginn des Monats mit der Tatsache beschäftigt, daß die Herren Generale meist nur etwas mit dem Heldentod der andern zu tun haben. Und wir fanden dabei, daß der moderne General soviel und so wenig Grund habe, sich Soldat zu nennen und dessen Berufskleidung und Werkzeug zu tragen, wie etwa ein Bergwerksdirektor sich Bergmann nennen und in der Kumpel-Kleidung und mit umgehängter Hacke in Gesellschaft gehen kann.

Nun gibt es in Deutschland ein Blatt für protestantische Pastoren, den „Reichsboten“. Es ist kein kurzweiliges Blatt, und man kann von ihm das gleiche sagen, was nach dem Freidenker-Organ („Die Geistesfreiheit“ 11/31) ein Frankfurter Pfarrer bekannte (Pfarrer Willi Veit auf dem Evang. Volkstag in Frankfurt): „Was da in den Kirchen, in Tausenden und aber Tausenden von Predigten und Bibelstunden gesagt wird, ist für das deutsche Volk, ach, so langweilig, so abgedroschen, so uninteressant . . .“ Und deshalb braucht man sich nicht zu wundern, wenn die „Reichsboten“ lieber fremde Zeitungen lesen, — so auch mit peinlicher Genauigkeit das Feuilleton der SAZ!

Um ihren Pastoren auch etwas davon zu bieten, zitieren sie in ihrer eigenen Zeitung einen Teil meines oben genannten Artikels unter der Überschrift:

„Das Bild eines sozialistischen Jugend-erziehers.“

Und dann wird mir vorgeworfen, ich hätte nicht nur den Herrn „Reichspräsidenten“ von Hindenburg aufs unerhörteste geschmäht, sondern auch „sämtliche (!) Heerführer der alten deutschen Armee aufs böswilligste verächtlich gemacht“. Zum Schluß heißt es gar:

„Eines Kommentars bedürfen diese niederträchtigen Ausführungen wohl nicht. Sie stellen eine nicht zu überbietende Gemeinheit dar. Von den verantwortlichen Behörden fordern wir aber, daß dieser unwürdige Jugendzieher unverzüglich seines Amtes enthoben und (!) mit einer scharfen Disziplinarstrafe belegt wird. Dieser Jugend-erzieher Hein Herbers darf jedenfalls unter keinen Umständen mehr im Schuldienst weiterhin tätig sein“.

Nun muß man wissen, daß dieses Pastorenblatt mich innigst haßt, weil es schon einmal — ohne Erfolg — in ähnlicher Weise den Kultusminister gegen mich in Tätigkeit zu setzen versucht hat. Ich konnte damals in der Untersuchung meinem Minister mitteilen (und beweisen), daß ich, solange ich politisch tätig bin, noch nie so lägenhaft und dabei so unvorstellbar schülerhaft, dumm und fahrlässig verleumdet worden sei.

Nichts verzeihen einem die Menschen ungerner, als wenn man sie beim Schwindeln erwischt hat. So sucht das christliche Blatt mir nun bei dieser Gelegenheit einen Strick zu drehen, — aber auch christliche Katzen lassen das Mausen nicht. Wie unterbaut man nämlich seine wütende Hetze? Indem man aus meinem Artikel lange Stücke zitiert, aber sorgfältig alle französischen

Namen wegläßt! Ich hatte ja aber ausdrücklich grundsätzliche und internationale Tatbestände aufhellen wollen und deshalb immer deutsche und französische Namen einander gegenübergestellt! Nun stehen da nur noch deutsche Generalnamen und nach diesem ehrenwerten Kunststück, nach dieser „nicht zu überbietenden Gemeinheit“, konnte man Gläubigen vorjammern, ich hätte die Führer der deutschen Armee verächtlich gemacht und zwar gleich sämtliche! Welch eine Wendung durch des „Reichsboten“ Zitierkunst!

„Und nun wollen wir uns mit denen vom Pastorenblatt noch ein bißchen unterhalten. Die haben uns in der Schule so schön beigebracht, die Händchen zu falten, die zehn Gebote (darunter auch das achte, das vom falschen Zeugnis spricht) sowie ein Gedicht zu lernen, das dem „deutschen Kind“ nicht nur das Lügen verbot, sondern auch verlangte: „Und dreh und deutle nicht! Was du berichdest, sage kurz und schlicht!“ Und das wollen wir denn auch tun.

Wir sind in der Tat der Ansicht, daß es im modernen Krieg keinen gesicherten Platz gibt — und geben kann — als die Hauptquartiere. Die alten Germanenherzöge sind noch vor ihren Truppen hergezogen — daher der Name — und noch der junge Napoleon und der alte Blücher gingen hin und wieder in die vorderste Linie. Aber seit den modernen Massenheeren ist das einfach ganz unmöglich geworden; der General hat hinten zu sitzen und die Organisation zu leiten. Er wurde immer weniger Soldat und Krieger und immer mehr Beamter, Bürokrat, Techniker, Organisator. Und es ist ganz unbestreitbar, was ein witziger Franzose sagte: „Der Generalstab ist eine Einrichtung, die sich beim Angriff hinter und beim Rückzuge vor der Truppe befindet.“ Kein vernünftiger Mensch verlangt ja auch von einem Artilleriegeneral, daß er seine Kanonen selber abschießt oder daß der Schlachthofdirektor von Berlin selber an der Schlachtbank steht oder daß der Generaldirektor von Ullstein selber Inserate bei der Ufa akquiriert und die Setzmaschine bedient. Und so ist es selbstverständlich, daß die modernen Schlachten nicht mit dem Säbel in der Hand und vom Pferde aus, sondern mit dem Telephonhörer in der Hand und vom Klubsessel aus geleitet werden. Aber was wir, die wir den „Reichsboten“ nicht täglich zu lesen brauchen, was wir nicht einsehen, ist erstens, daß wir diese verkleideten Verwaltungsbeamten Soldaten nennen sollen, und zweitens, daß ausgerechnet die Leute über Leben und Tod der Völker verfügen sollen, die selber in der Diplomatenloge oder dem Hauptquartiers-Unterstand so sicher sind wie in Abrahams Schoß. Das ist ähnlich aufreizend und innerlich unmöglich, wie wenn sozialistische Straßenbahndirektoren mit 70 000 Mark jährlich oder wohlgenährte Pfarrer ihre jeweiligen Gemeinden zum vertrauensvollen und wackeren Durchhalten an der Lebens- und Hungerfront auffordern.

Das alles gilt schon für den günstigsten Fall, wo die Herren Generale ihr Bestes getan haben, so wie sie es verstanden. Sollen wir den Pastoren aber auch etwas von Charleville und Etappe Gent erzählen? Ach, ich bedauere ja nichts so sehr, als daß ich nicht jeden

deutschen Hitler-Proletarier in jenen fabelhaften Heldenkeller führen kann, der jetzt von Fremdenführern bei Spa für zwei belgische Franken Eintritt gezeigt wird, mit der großartig einbetonierten, einen Meter dicken Stahlplatte, wo unser oberster Häuptling den Gefahren der großen Zeit zu trotzen versuchte, und ich will wenigstens nicht versäumen, den Lesern der „SAZ“ die erhabenen Worte mitzuteilen, mit denen Kaiser Wilhelm es begründete, weshalb er nicht des Beispiels wegen noch 1918 an die Front ging. Seine Gattin, unsere derzeitige Landesmutter, unsere liebe, gute Kaiserin Hermine, hat es in ihren Erinnerungen mitgeteilt, die sie seinerzeit in der amerikanischen „Saturday Evening Post“ vom 6. 8. 1927 veröffentlichte:

„Das wäre nur ein anderer Weg, Selbstmord zu verüben, ohne die Verantwortung für die Tat zu übernehmen. Das Gelände hinter der Schlachtfrent war kilometerweit von Granatlöchern übersät, der Weg zur Front war meilenweit, ich hätte mir in einem Granatloch ein Bein brechen können, ohne möglicherweise an den Feind heranzukommen.“

Ich werde mich hüten, dies fabelhafte Selbstbekenntnis durch einen Kommentar abzuschwächen; den Kommentar werden sich die Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen selber machen. Sie werden auch die Folgerungen ziehen. Wir wünschen nicht, daß der Kaiser sich ein Bein bricht. Wir wünschen aber auch sehr dringend, daß alle Kinder des Volks und der Völker gesunde Knochen behalten und nicht in den Regen der Bomben hineindirigiert werden von alten Männern, die ihrerseits in bombensicheren Unterständen sitzen.

Man soll uns nicht damit kommen, daß diese alten Männer doch auch ihre anstrengende und aufreibende Pflicht täten. Erstens verlangen wir von ihnen gar nichts dergleichen, und zweitens sind sie trotz aller Strapazen sehr, sehr alte Leute geworden. Ich habe im Krieg drei Brüder verloren, sie alle drei waren zusammen nicht so alt wie jeder der alten Telephon-Generale, von denen du heute auf Stahlhelm- und Nazi-Tagen mehr auf einem Haufen beieinander finden kannst, als du während des ganzen Krieges an der Front zu sehen bekamst. Und nichts soll uns abhalten, den Krieg und seine Ideologie verächtlich zu machen, den selbst ein Papst eine „ehrlose Menschenschlächterei“ genannt hat.

Wenn dann wieder in allen Ländern die Generalstäbe zu euch kommen, die Diplomaten, die reklamierten Redakteure, die hinkenden Reichsboten, und wollen euch wieder Lese- und Instruktionsbuch-Geschichten erzählen, dann macht's nicht wie 1914, dann gebt ihnen die einzige Antwort, die ihnen gebührt: lacht sie aus!

Auf Pumpreise. Der rumänische Minister Argetoianu traf am Montag abend, von Paris kommend, in London ein, wo er bis zum Freitag verbleiben wird. Sein Besuch hängt, wie verlautet, in erster Linie mit den wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen Rumäniens zusammen.